



### Inhalt

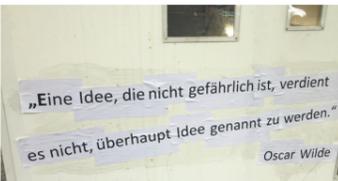


STADT VON UNTEN ERKÄMPFEN

#besetzen Seite 5



Videoüberwachung Seite 6



FriXfonds Seite 8



Baerwaldbad Seite 11



Exilmuseum Seite 12

- Abschottung 2
- Sharehouse Refugio 2
- Kolumne 2
- Kommentar 3
- Das neue "Wir" 3
- Kultur der Begegnung 3
- Stolpersteine 4
- Berufsorientierung 4
- Erinnerungskultur 4
- 1968 / 2018 5
- Stadtbäume 6
- Fairtraid-Town 6
- Europawahl 7
- Ortwin Rau 7
- Mobilität 7
- Impressum 7
- Service 8
- Landsberger Allee 54 9
- Wrangelkiez 9
- Muskauer Straße 24 9
- Postscheckamt 10
- Quartiersmanagement 10
- RAW 10
- Support your local Dyke\* 11
- Schwimmen in Xhain 11
- Stadtgesellschaft 11
- Sicherheit 12
- 100 Jahre Frauenwahlrecht 12
- Genossenschaften 13
- Grundsatzprogramm 13
- Schulparkhäuser 13
- Stimmen aus dem Bezirk 14



# Solidarität gegen Rassismus

Im letzten Jahr wurde die Friedrichshain-Kreuzberger Ortsgruppe des Bündnisses Aufstehen gegen Rassismus mit dem Silvio-Meier-Preis ausgezeichnet. Das Bündnis unterstützt mit seinen „Stammtischkämpfer\*innen-Ausbildungen und antirassistischen Seminaren“ Menschen dabei, mit der um sich greifenden rassistischen Hetze "umgehen zu lernen".

Ein Gespräch mit Rene Paukolat vom Bündnis Aufstehen gegen Rassismus.

**Stachel:** Rene, ich musste in letzter Zeit oft an diese Passage aus Carolin Emckes Buch „Gegen den Hass“ denken: „Hätte mich vor einigen Jahren jemand gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, dass jemals wieder so gesprochen würde in dieser Gesellschaft? Ich hätte es für ausgeschlossen gehalten. Dass der öffentliche Diskurs jemals wieder so verrohren könnte, dass so entgrenzt gegen Menschen gehetzt werden könnte, das war für mich unvorstellbar.“

**Rene:** Dieser Diskurs ist wieder da angekommen, wo er seinen eigentlichen Ursprung hat. Wie fatal die Äußerungen von Söder und Seehofer auch sein mögen, letztlich sind sie der verzweifelte und zum Scheitern verurteilte Versuch, rechte Wähler\*innen wieder einzufangen. Das ist gefährlich und intellektuell erbärmlich. Das eigentliche Feuer haben aber ganz andere Brandstifter\*innen schon viel früher entfacht. Einer davon ist heute noch Mitglied der SPD.

Du meinst Thilo Sarrazin ...

Ja. Sarrazin ist einer von vielen. Sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ war für die Verbreitung des antimuslimischen Rassismus in Deutschland immens bedeutsam.

Und um diesem Rechtsruck effektiv zu begegnen, muss aus unserer Sicht der antimuslimische Rassismus viel ernster genommen werden. Die AfD ist die erste Partei im deutschen Bundestag, die einer Religionsgemeinschaft abspricht, sich gleichberechtigt mit den anderen Religionsgemeinschaften entfalten zu können. Mit ihren Forderungen nach Burka- oder Verschleierungsverbot oder dem Verbot von Minaretten stellt sie die Religionsfreiheit speziell nur für den Islam in Frage. Für diesen hetzerisch vorgetragenen Angriff auf die grundgesetzliche garantierte Re-

ligionsfreiheit wird sie von zwar allen anderen Parteien kritisiert. Aber es ist der antimuslimische Rassismus der bürgerlichen Mitte, der der AfD den Boden bereitet.

Viele der Geflüchteten, gegen die die AfD hetzt und die Seehofer & Co am liebsten direkt an der Grenze abweisen oder erst gar nicht bis dahin kommen lassen würden, sind keine Muslime. People of Color werden ausgegrenzt, egal woher sie kommen und welcher Religionsgemeinschaft sie angehören.

People of Color werden als „Fremde“ in diesen Sog mit reingezogen. Das gehört zur Strategie. Bereits seit 2004 hat die NPD diese Strategie gepuscht. Etwa Jürgen Gansel, zunächst Mitglied der jungen Union und der CDU, von 2004 bis 2014 für die NPD im sächsischen Landtag. Er bringt es auf den Punkt: „Die nationale Opposition ist gut beraten die Ausländerfrage auf die Moslemfrage zuzuspitzen, und die Moslems als Projektionsfläche für all das anzubieten, was den Durchschnittsdeutschen an Ausländern stört.“ Den neonazistischen Strömungen in der AfD ist sehr bewusst, welche Ressentiments sie aufrufen. Deshalb vermeidet die AfD bewusst platten Antisemitismus, - von einzelnen Ausfällen abgesehen. Der Lackmустest des Antisemitismus funktioniert nicht mehr 100 % bei der Neuen Rechten und der AfD. Diese sind sich darüber im Klaren, dass dieser in Deutschland zu sehr sanktioniert wird und finden Alternativen: Islamfeindlichkeit statt Antisemitismus: ‚Pro NRW‘ hat in 2011 eine Deutsch-Israelische Konferenz organisiert, im Rahmen dessen sich die extreme politische Rechte aus Deutschland und Israel zusammen getan haben und jeweils profitieren: Entlastung vom Antisemitismusrwurf für die einen und Konzentration dieses Vorwurfs auf Muslime.

Die neue Rechte versucht also, vom immer noch existenten, wenn nicht gar zunehmenden Antisemitismus auch in Teilen der deutschen Mehrheitsgesellschaft abzulenken und den „Anderen“ die Schuld zu geben und damit zu sagen: Seht her, wir können keine Nazis sein, denn wir sind keine Antisemit\*innen, vielmehr Verbündete im Kampf gegen die Gefahr des Islams, die alle kultivieren Völker bedroht.

Darüber hinaus nutzt die AfD Stereotype wie etwa eine dem Islam vermeintlich innewohnende Homophobie oder Infragestellung der Gleichberechtigung der Frau, um sich als Verteidigerin des christlichen Abendlandes oder gar der Werte der Aufklärung aufzuspielen.

Die berechtigte Ablehnung von religiös begründeter Diskriminierung oder der Verfolgung von Schwulen wird hier missbraucht?

Das Gefährliche daran ist, dass hier ein ursprünglich durchaus emanzipatorischer Ansatz mit den Stereotypen des antimuslimischen Rassismus verknüpft wird. Ein Beispiel für einen solchen Versuch ist der von Leyla Bilge inszenierte Frauenmarsch. Da geht es nicht wirklich um Frauenrechte. Hier haben sich Muster über einen langen und gewollten Prozess in die Köpfe eingeschrieben.

Was ist das für ein Prozess?

Der Prozess beginnt für mich mit den Anschlägen des 11. September 2001. Die Anschläge boten über die Gleichsetzung des Islams mit dem Terrorismus die Grundlage für einen islamfeindlichen Diskurs in den westlichen Staaten. Es wurde die Frage nach der Vereinbarkeit des Islams und damit der Muslime\* mit den Grundsätzen westlicher Gesellschaften gestellt.

Die Darstellung islamisch geprägter Länder als unterentwickelt, das Bild des Islam als antiliberaler Ideologie und die Vorstellung von Muslimen\* als tendenziell reaktionär, homophob und frauenfeindlich eingestellten Menschen dominiert fälschlicherweise seither die Medien.

Wie stellt sich das bei uns dar?

Im Jahr 2014 hat die Schweizer Agentur Mediatenor 2,6 Millionen Sendungen in den USA, Großbritannien und Deutschland daraufhin untersucht, wie über Muslime\* und den Islam berichtet wird. Das Ergebnis: Deutschland ist im Vergleich das Land, in dem am negativsten über Muslime\* berichtet wird. Dieses rassistische Grundrauschen benutzt die AfD. Und was die AfD ausspricht, setzen andere, ich nenne sie mal die Stiefelneonazis, in die Tat um. Wie sich in den zunehmenden Gewalttaten gegen Muslime\*, Moscheen und andere muslimische Einrichtungen nur allzu deutlich zeigt.

Und wie nun darauf reagieren?

Ich glaube, es ist notwendig, die Zuteilung von Solidarität mit von Rassismus Betroffenen nicht abhängig davon zu machen, ob mir oder diejenige Betroffene sympathisch ist oder ob wir politisch übereinstimmen. Ich glaube, Antirassismus macht aus, sich schützend vor diejenigen zu stellen, die von Rassismus betroffen sind. Mehr noch: Wir müssen konkret mit Betroffenen Muslimen\* zusammenarbeiten. Was wir brauchen, ist ein starker gemeinsamer Protest, der auch auf der Straße sichtbar wird.

Das Gespräch führte Werner Heck

Foto: ck

# Gegenwind für Europas Abschottungspolitik

Das Bündnis "Seebrücke" hat sich in einem Zeitraum von nur zwei Wochen von einer überschaubaren Anzahl engagierter Aktivist\*innen zu einer europaweiten Bewegung für sichere Fluchtwege nach Europa und eine Entkriminalisierung der Seenotrettung entwickelt. Wir haben - beeindruckt von dieser Aktion - einer der Sprecher\*innen des Bündnisses, Mareike Geiling, einige Fragen gestellt.

Der Wind in Europa ist rau geworden. War man nationalistische Töne aus Ungarn und österreichische Abschottungspolitik schon gewohnt, zeigt sich nun Italien seit dem Antritt von Innenminister Matteo Salvini von der fremdenfeindlichen Lega fest entschlossen, die Flüchtlingsroute über das Mittelmeer zu schließen. Mit in diesem Reigen tanzt dann auch die CSU inklusive politischem Framing und Seehofer'schem "Geheimpapier". Inzwischen kam die private Seenotrettung durch das Festsetzen der Rettungsschiffe praktisch zum Erliegen. Laut Internationaler Organisation für Migration (IOM) kamen bis heute mehr als 1.400 Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ums Leben, über 600 allein im Juni. Eine große Anzahl Menschen aber unterstützt diese fatale Abschottungspolitik nicht.

**Stachel:** Wer hat die Aktion "Seebrücke" initiiert?

**Mareike Geiling:** Verschiedene Aktivist\*innen, die seit Jahren ehren- und hauptamtlich in der Geflüchtetenhilfe arbeiten. Schnell wuchs daraus eine Bewegung, der sich deutschlandweit viele Menschen angeschlossen haben.

Was gab den Anlass zu eurer Aktion?

Die Situation, als die „Lifeline“ mit 234 Menschen an Bord tagelang auf hoher See ausharren musste und in keinem europäischen Hafen anlegen konnte. Zu diesem Zeitpunkt hatten

bereits mehrere Städte und Länder angeboten, die Menschen von der „Lifeline“ aufzunehmen. Wir wollten damals ein Zeichen setzen, das aber noch viel weiter gehen sollte und entschieden uns für die Gründung einer Bewegung.

Was sind die Forderungen und Ziele der "Seebrücke"?

Wir fordern von der deutschen und europäischen Politik sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind. Wir wollen nicht weniger Rettung, sondern viel, viel mehr!

Wie viele Menschen haben sich in welchen Städten und mit welchen Veranstaltungen bisher beteiligt?

Knapp 60.000 Menschen sind bis heute (Stand 31.7.) im Namen der SEEBRÜCKE in über 50 Städten auf die Straßen gegangen.

Hat euch die Resonanz überrascht?

Auf der einen Seite ja, auf der anderen nicht. Wie viel Empörung, Wut und Kraft hinter der derzeitigen Situation steckt, hat allein schon gezeigt, wie schnell wir es schafften, alles aufzubauen: Die Entscheidung für eine Bewegung sowie die konkrete Umsetzung also das Bestimmen der Bewegungsfarbe, Logo, Claim, Website, Social-Media-Kanäle ist innerhalb von



Demonstration des Bündnisses Seebrücke

Foto: Claudia Schulte

48 Stunden geschehen. Für die erste große Berliner Demo hatten wir 700 Teilnehmende angemeldet und waren überwältigt, als dem Aufruf dann 12.000 Menschen gefolgt sind. Und für die Mobilisierung hatten wir auch nur eine Woche Zeit! Und dann ging alles so unfassbar schnell und seitdem melden sich quasi täglich Menschen, die in ihren Städten Aktionen, Demos, Flashmobs organisieren. Es ist eine unglaubliche Energie dahinter.

Steht ihr in Kontakt mit den privaten Seenotrettungsorganisationen? Welches Feedback habt ihr von denen erhalten?

Ja, wir stehen in engem Kontakt mit den Orgas und freuen uns sehr, wie positiv und hilfreich sie die Bewegung empfinden. Für die Orgas macht die SEEBRÜCKE den breiten Rückhalt in der Gesellschaft sichtbar, der oft im rechten Diskurs untergeht.

Kann jede\*r sich dem "Netzwerk Seebrücke" anschließen und wie geht das?

Na klar! :) Es gibt viele Möglichkeiten, aktiv zu werden: Am niedrigschwelligsten ist es, Orange, die Farbe der Rettungswesten, zu tragen – ob als Kleidungsstück, Fahne aus dem Fenster oder Tuch am Halsband des Hundes egal. Des Weiteren kann jede\*r eine Aktion selbst starten und hier sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt: Flashmob, Demo, Kunst-Aktion – alles was auf das Thema aufmerksam macht, ist erlaubt. Außerdem erklären sich viele Städte gerade als Solidarische Städte. Man kann also auch den\*die Bürgermeister\*in ansprechen und fordern, Geflüchtete aufzunehmen.

Wann wäre für euch der Zeitpunkt, zu sagen: Ziel erreicht. Aktion Seebrücke war erfolgreich?

Dann, wenn private Seenotrettung gar nicht mehr nötig ist und es sichere Fluchtwege gibt. Bis dahin werden wir weitermachen.

Das Gespräch führte Claudia Schulte, Bezirksverordnete

## Zusammenleben anders denken

### Das Sharehaus Refugio

Im Winter 2015 stolperte ich das erste Mal über das Sharehaus Refugio in der Lenastraße. Ich hatte eine Freundin für eine Veranstaltung zugesagt: ein Koch- und Tanzabend, direkt am Kottbusser Damm, veranstaltet von den Bewohner\*innen eines interkulturellen Wohnprojekts. Mehr wusste ich davor nicht. An diesem Abend gab es Essen aus aller Welt und je später es wurde, desto lauter und ausgelassener wurde die Musik und der gemeinsame Tanz. Die fröhliche Stimmung und der herzliche Umgang steckten an. Ich kam mit einigen Bewohner\*innen ins Gespräch. Sie erklärten mir, dass im Refugio Menschen mit oder ohne Fluchthintergrund zusammenlebten – das Miteinander und Füreinander-Dasein stünden im Mittelpunkt. Außerdem gebe es nur hier authentisches syrisches Essen, versicherte mir Mohammed, der zu diesem Zeitpunkt gerade neu in Berlin angekommen war und sich nach dem Essen in Syrien sehnte. Vor allem die Gerichte von Malakeh empfahl er mir, einer syrischen Köchin, die mit ihrem Mann im Refugio wohnte. Malakeh selbst lernte ich nur flüchtig einige Monate später kennen, als sie bei „Über den Tellerrand“ einen Kochkurs leitete und strahlend von syrischem Essen erzählte.

### Die Anfänge

Dies ist nur eine der vielen Geschichten aus dem Refugio. Den (Wohn-)Ort der Begegnung gibt es seit 2015. Das Sharehaus wurde mit der Unterstützung der Berliner Stadtmission von Sven Lager und Elke Naters aufgebaut. Die Idee kam dem Paar während ihres fast 10-jährigen Aufenthalts in Südafrika. Sie stellten sich die Frage: „Wie sieht er eigentlich aus, der Himmel auf Erden?“ Ihre persönliche Antwort darauf war die Idee der Sharehäuser – Wohnraum, auf dem Bewohner\*innen ihre persönlichen Talente in die Wohngemeinschaft einbringen. Jede\*r sollte sich dabei als wertgeschätzter Teil des Zusammenwohnens fühlen. Nachdem sie ein erstes Sharehouse in Südafrika zusammen mit Mitbewohnern aufgebaut hatten, kamen

sie nach Berlin. Hier entwickelten sie erst ein Sharehaus im Fürbringerkiez, und schließlich im Sommer 2015 das größer angelegte Refugio im Reuterkiez. Die Idee des Miteinanders statt Nebeneinander-Wohnens, der Inklusion statt Isolation setzte sich als Vorbild für ähnlich konzipierte Häuser durch. Anfang 2017 ging die Leitung des Refugios, wie vorab geplant, an den Theologen Harut Harutyunyan über. Elke Naters und Sven Lager planen mit ihrem neugegründeten Sharehaus-Verein nun weitere Hausprojekte in Berlin.

### Das Zusammenleben auf Augenhöhe

Das Haus in der Lenastraße 3-4 ist ein hundertjähriger Altbau auf fünf Stockwerken. Das Gebäude betritt man durch das liebevoll eingerichtete Refugio Café, ein Upcycling Projekt des Sharehauses. Nach rechts geht es zu einem großzügigen Veranstaltungsraum, in dem unter anderem Kochabende, Sprachcafés und Gottesdienste abgehalten werden. Geht man geradeaus durch das Café, kommt man in einen gemütlich überwachten Innenhof. Kurz davor geht es links zu den Wohnungen. Hier leben auf fünf Etagen Menschen aus aller Welt zusammen. Auf dem Dach gibt es eine Terrasse mit Blick über die Stadt. Die Bewohner\*innen des Refugios verstehen sich selbst als kreative Wohngemeinschaft, die eine andere Geschichte von „Integration auf Augenhöhe“ schreiben will, „nicht eine des Mitleids oder der Ablehnung, der Krise oder Politik, sondern eine der Freude und des Reichtums, eine persönliche, die ein Chor ist vieler Stimmen“, wie sie es selbst präzisieren.

Neben dem Zusammenwohnen spielt auch das Zusammenarbeiten eine wichtige Rolle. Das Refugio bietet Coachingprogramme an, um Deutsch zu lernen oder einen Arbeitsplatz zu finden, die zu den Interessierten passen bzw. ihren Lebensunterhalt sichern. Das Haus dient dabei meist als Räumlichkeit für das Zusammenarbeiten. Das Refugio Café wird von den Bewohner\*innen gemeinsam betrieben. Veranstaltungen, wie der

Nachbarschaftsmarkt, werden für den großen Veranstaltungssaal im Erdgeschoss konzipiert und organisiert. Viele Räumlichkeiten des Sharehauses werden für Co-Working, Werk- und Veranstaltungsstätten angeboten bzw. vermietet. In Zusammenarbeit mit anderen Initiativen entstehen neue soziale Projekte, wie der Dachgarten auf dem Sharehaus oder das „Erzählwerk“. Als „Weltenwanderer“ bezeichnete Besucher\*innen können sich zudem für einige Nächte im Refugio einmieten. Auch politisch, neugedachte Initiativen, wie Bürger\*innenplattformen oder kreative Landkommunen, finden einen Platz in der Lenastraße.

### Mitmachen

Das Refugio-Team ermutigt jede\*n zum Mitmachen. Wer Interesse hat, sich im Sharehaus einzubringen, muss nicht dort wohnen. Jede Person, die sich im Projekt engagieren möchte, ist dazu eingeladen, im Café vorbeizukommen oder zu einem der Treffen des Refugio-Teams dazu zu stoßen, um zu besprechen, welche Aufgaben zu ihr passen könnten. Mehr Infos zu Partizipationsmöglichkeiten sind auf der Internetseite des Refugio zu finden: [refugio.berlin](http://refugio.berlin)

Als ich letzten Monat seit längerem wieder im Café des Refugios saß, schwappte mir dasselbe Gefühl entgegen, das mich bereits das erste Mal fasziniert hatte: eine unvoreingenommene Herzlichkeit. Während ich die ein- und ausgehenden Leute beobachtete, die miteinander scherzten und im Vorbeigehen Projekte besprachen, lief auf einmal Malakehs Mann an mir vorbei. Ich hatte beide seit unserer ersten Begegnung nicht mehr gesehen, wusste aber, dass Malakeh als Köchin Fuß gefasst und im letzten Jahr ihr eigenes Kochbuch veröffentlicht hatte: „Malakeh. Sehnsuchtsrezepte aus meiner syrischen Heimat“. Nun lief ihr Mann, drei Jahre später, lächelnd an mir vorbei – vor sich her schob er stolz einen Kinderwagen.

Laura Eckl

### Und sonst noch so? | Eine Kolumne



## Framing in Politik und Medien – und was ist eigentlich aus der Würde des Parlaments geworden?

Den ersten Ordnungsruf im Deutschen Bundestag kassierte der KPD-Vertreter Karl Renner am 20. September 1949, als er vom Plenum aus Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) „Hetzer“ entgegenschleuderte. Im Jahr 2018, am 19. April, sieht das schon ganz anders aus. Für den Zwischenruf von AfD-Fraktionschef Alexander Gauland, „Ein elender Hetzer!“ bei der Rede von Matthias Zimmer (CDU/CSU) werden keine Ordnungsmaßnahmen ausgesprochen. Da regt sich im Jahr 2018 keiner mehr drüber auf.

Zwischenrufe im Parlament gelten als „Salz in der Suppe“. Und eigentlich gibt es kaum ein Schimpfwort, mit dem in den vergangenen Jahrzehnten nicht meist die politischen Gegner\*innen im Bundestag betitelt wurden. Da liest man Begriffe wie „Ratte“, „Schlange“, „Stinktier“, „Berufsrandalierer“, „Lackschuhpanter“, „Möchtegern-Schimanski“, „Petersilien-Guru“, „Betonbolschewist“ oder „Putzklumpen“. Wobei sich die Mitglieder der verschiedenen Fraktionen gegenseitig in nichts nachsehen. Und ehrlich? „Petersilien-Guru“ oder „Lackschuhpanter“ ist doch irgendwie auch lustig-kreativ.

Weder lustig, noch kreativ finde ich allerdings die Debattenbeiträge der AfD-Fraktion: „Linksgrüne Frauenrechtler\*innen als Generation willfähriger Steigbügelhalter und Willkommensklatscher“ oder „Schwerster Schaden durch

eine Millionenflut von Illegalen“ oder „hunderte Milliarden Kosten, Asyl- und Sozialbetrug, Import von Islamisten und Gefährdern, unendliches menschliches Leid durch Vergewaltiger und Mörder, Messerstecher und Terroristen“.

Im Jahr 2018 hat die AfD unsere Sprache vergiftet und CDU und CSU entblöden sich nicht, Begriffe wie „Asyltourismus“ oder „Transitzentren“ mantraartig zu wiederholen. Auch der sogenannte „Masterplan“ soll doch nur den angeblich großen Wurf betonen, wo in Wahrheit Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Die AfD braucht sich nur noch zurückzulehnen und die Auswüchse ihrer Saat ernten. Inzwischen scheint sogar die Diskussion um pro ODER contra privater Seenotrettung legitim.

Warum ich das hier alles schreibe? Eigentlich wollte ich was zum „Stinkefinger“ des AfD-Verordneten Christian von Hoffmeister in der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg schreiben. War ein Aufreger, natürlich. Es gab einen Ordnungsruf und er wurde des Saales verwiesen. Richtig so. In der Summe dessen, was hier im Land gerade so abgeht, ein kleines Teilchen eines 4.000er-Puzzles. Aber was passiert, wenn das Puzzle fertig ist?

Claudia Schulte, Bezirksverordnete

## Es gibt nur eine Welt

Warum die Heimat in der Politik nichts zu suchen hat  
Ein Kommentar

Manche lieben sie, anderen ist sie vollkommen gleichgültig. Wieder andere schaffen sie sich selbst: ihre Heimat. Das kann ein Ort sein, eine Erinnerung, ein Freundeskreis, ein Lebensgefühl oder eine Überzeugung. Das kann man dann so nennen, nicht wenige verbinden aber gar nichts mit diesem Wort, oder es ist ihnen unangenehm. Ist jedoch die Heimat positiv besetzt, dann weckt sie Emotionen, der Körper stößt ein paar Endorphine aus, und schnell gesellen sich Begriffe wie Geborgenheit, Zugehörigkeit, Vertrautheit, Herkunft und Sicherheit hinzu. Wo Heimat ist, da ist Verlass. Da komme ich her, da gehöre ich hin. Da geht es mir gut.

Und genau hier liegt der Hund begraben. Die Welt ist nicht verlässlich und nichts bleibt wie es ist. Den Ort der Kindheit gibt es längst nicht mehr – auch wenn die Straße noch da ist oder das Haus. Kindheit ist immer verlorene Kindheit – auch wenn sie noch so schön war. Unsere Erinnerung betrügt uns ständig, und wenn wir sie in Worte fassen, betrügen wir meist auch noch – gewollt oder ungewollt – unsere Erinnerung. Auf die Objektivität unseres Gedächtnisses können wir leider nur wenig geben. Viel Wahres bleibt da nicht. Wir leben nun einmal im Jetzt – und nur da. Beeinflussen können wir bestenfalls, was vor uns liegt.

Wenn sich die Politik dieses Begriffs bemächtigt und sogar ein Ministerium für die Heimat einrichtet,

dann will sie vorgaukeln, sie sei in der Lage, etwas zu bewahren. Die Zeit anzuhalten. Und sie will ein Zweites: Sie sagt uns, wer damals nicht dabei war, der kann es auch heute nicht sein. Heimat gehört nur denen, die schon immer da waren.

Da braut sich eine sehr gefährliche Mischung zusammen. Das sind nicht nur die extremen Rechten von der AfD, sondern auch Seehofers CSU und viele mehr. Ungarn und Polen machen es vor, und der italienische Innenminister Matteo Salvini von der Lega Nord, der die Mittelmeerhäfen schließt und Sinti und Roma zählen lassen will, erfreut sich höchster Beliebtheit. In der Debatte um Mesut Özil spült sich ein unerträglicher Nationalismus in die Talk-Shows. Die Festung Europa rüstet auf, und plötzlich ist sogar vom Gebrauch von Schusswaffen an deutschen Grenzen die Rede. Das weltoffene, freie Deutschland steht zur Disposition. Dabei sollte jede\*r wissen, dass angesichts zunehmender Bedrohungen und Katastrophen in dieser einen Welt sich nichts lokal oder national lösen lässt. Vermeintliche Privilegien und Besitzstände sichern zu wollen, wird die Konflikte nur verschärfen. Keine\*r sei ihre\* Heimat genommen. Aber in der Politik hat sie nichts zu suchen.

■ Henry Arnold,  
Sprecher der LAG Kultur Berlin

## Auf der Suche nach dem neuen „Wir“

Immer wieder gibt es Debatten über Ausgrenzung und Diskriminierung. Wir sollten anfangen, mehr übereinander zu erfahren. Um ein neues „Wir“ zu entwickeln, müssen wir unsere Unterschiedlichkeit aushalten.

Die von dem Autor Ali Can ausgelöste Debatte #metwo greift die Lebensrealität von Menschen mit Erfahrungen auf, die rassistische Ausgrenzung erlebt haben und in den sozialen Medien darüber berichten. Darunter sind auffallend viele diskriminierende Erfahrungen in der Schulzeit. Sie machen den Schmerz deutlich, den die betroffenen Menschen erlebt haben. Mit diesen Berichten begann eine Kontroverse darüber, was es eigentlich heißt, dazu zu gehören oder eben nicht. Die Erklärung von Mesut Özil, dass er nicht mehr in der deutschen Nationalmannschaft spielen will, wenn und soweit er rassistisch ausgegrenzt wird, hatte die Debatte ausgelöst. Ich habe mich an der Debatte beteiligt mit einem Beitrag, in dem ich über die Diffamierungen der AfD während meiner Rede im Deutschen Bundestag berichtete.

Ich finde es gut, dass Menschen über ihre Erfahrungen berichten und wünschen, dass es ähnliche Aktionen auch von Menschen gäbe, die sich aufgrund ihrer Situation ausgegrenzt fühlen. Es gab mit der #metoo-Debatte bereits ein Forum, in dem betroffene Frauen ihre Erfahrungen schildern konnten. Auch diese Schilderungen waren schmerzhaft und teilweise sogar strafrechtlich relevant. Der Wert der Mitteilung von persönlichen Erfahrungen ist, dass dadurch Verständnis für die Situation und auch das Leid des anderen entstehen kann. Des Mitmenschen, der Nachbar\*in, Arbeitskolleg\*in oder der\* Fremden

auf der Straße. Dieses Verständnis kann zu Empathie und auch zu Selbstreflexion führen. Jede\*r kann und sollte sich fragen: Wie gehe ich eigentlich mit Frauen, mit Deutschen mit Migrationshintergrund, mit Migrant\*innen oder auch mit LGBTQ um? Indem wir achtsam miteinander umgehen, öffnen wir einen Weg, um Diskriminierung in der Gesellschaft entgegenzutreten.

### Gemeinsamkeit suchen und Unterschiede aushalten

So gut und richtig diese Debatten sind, dürfen wir in der Schilderung nicht stehen bleiben. Vielmehr sollten wir in unserer Gesellschaft mit den unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen die Gemeinsamkeit und das Verbindende suchen. Statt zu definieren, wer dazu gehört und wer nicht, sollte die Grundannahme sein, dass alle dazugehören. Das heißt aber auch, dass nicht alle gleich sein müssen, um dazuzugehören. Darin liegt die Herausforderung, denn es verlangt uns ab, dass wir die Unterschiedlichkeit und Vielfalt aushalten, auch wenn es uns schwer fällt. Wie wichtig es ist, diese Unterschiedlichkeit anzunehmen, sehen wir daran, dass es von Rechtspopulist\*innen und Rassist\*innen immer wieder Versuche gibt, zu spalten und auszugrenzen. Dabei spielt es Rassist\*innen in die Hände, dass die Lebenserfahrungen individuell unterschiedlich sind und

das Verständnis für die Nöte der anderen fehlt. Unkenntnis spielt hier eine erhebliche Rolle. Daher sollte es mehr Raum für Begegnungen geben.

Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg machen wir vor, wie es besser gehen kann. Die Unterschiedlichkeit der Bewohner\*innen – wie z. B. Ost-West, Migrant\*innen und LGBTQ – wird angenommen und es gibt ein Miteinander von Nachbarschaft und Solidarität. Bei dem Protest für den Erhalt eines Späti in der Oranienstraße wird auf der Demo Börek verteilt und türkische Musik gespielt. Bei dem Protest zum Erhalt des Cafe Sybille in der Karl-Marx-Allee wird die Bedeutung für den Erhalt der Kultur aus dem Osten betont und es werden Lieder von Gerhard Gundermann gespielt. So ließen sich viele Beispiele finden für das Miteinander in der Vielfalt der Unterschiedlichkeit.

Diese Vielfalt zu gestalten und das Miteinander als Bereicherung zu empfinden braucht Raum für Begegnung. Daher sollten wir an Konzepten für die Begegnung von Menschen mit ihren jeweiligen Erfahrungen arbeiten, um daraus ein neues „Wir“ zu entwickeln. Das ist auch mein Ansatz für die Diskussion über das Thema Integration bzw. Partizipation von Migrant\*innen: Dieses neue „Wir“ soll so wenig Anpassung wie nötig und so viel Freiheit wie möglich fordern.

■ Canan Bayram,  
Mitglied des Bundestages

## Für eine Kultur der Begegnungen auf Augenhöhe

Das öffentliche Schüren von Hetze und Ängsten gegenüber Geflüchteten kann nicht vergessen machen, was wir in den letzten Jahren erlebt haben: einzigartige Sternstunden unserer Zivilgesellschaft.

Wie diese mit einer rasant anwachsenden Bereitschaft zum Engagement die vielfältigen Herausforderungen aufgegriffen hat, die die Ankunft von unerwartet vielen Geflüchteten mit sich brachten, ist eine bisher nicht dagewesene neue Qualität der Bürger\*innengesellschaft in der Geschichte der Bundesrepublik. Aber nichts ist „erledigt“. Fragen wir uns also einmal, wie diese Erfahrungen unser Selbstverständnis als Bewohner\*innen einer Stadt, die ganz besonders von Migration geprägt ist, möglicherweise verändern kann. Was haben wir als Zivilgesellschaft Neues erfunden? Haben wir Umgangsformen auf Augenhöhe dabei eingeübt? Wo hat engagiertes Handeln die Lebensbedingungen der Geflüchteten stabilisiert und wo nicht, aus welchen Gründen? Die Ermutigungsformel „Wir schaffen das“ war keine Erfindung Angela Merkels, sondern eine der Bürger\*innen, die ohne Auftrag anfangen Beziehungen zu knüpfen, Netzwerke und Projekte zu bilden, um sich tatkräftig konkreten Hilfeleistungen zuzuwenden, die die Geflüchteten dringend benötigten. Das zeigte sich nicht erst im „Sommer der Geflüchteten“ 2015, sondern bereits drei Jahre zuvor, als die Zeltstadt auf dem Oranienplatz aufgebaut wurde und Kleidung, Matratzen, Geld, Küchenutensilien, Lebensmittel etc. in großer Fülle gespendet wurden.

### Engagement als neue soziale Bewegung

Offensichtlich ist eine weit verzweigte neue Form sozialer Bewegungen entstanden, die mit starkem Bezug zur lokalen Lebenswelt die Bedeutung persönlicher Hilfe betont, Lust am Improvisieren hat und das pragmatische Anpacken mit offenem Ausgang nicht scheut. Die einen koordinieren eine Kleiderkammer,



Foto: wl

andere nehmen einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling bei sich auf, begleiten Jugendliche beim Sport oder erteilen private Deutschkurse. So ist eine Kunst gewachsen, die die Potenziale der Stadtgesellschaft zu nutzen vermag: eine Kunst, die Kooperationen bildet mit Anwalt\*innen, Schulen, Stadtteilzentren, Kirchen, Unternehmen, KiTas, Medien, Nachbarschaftshäusern, Beratungsstellen, dem Quartiersmanagement, Theatern, Fußballclubs, Volkshochschulen, Jugendzentren, Museen, den Tafeln, interkulturellen Gärten, Musiker\*innen, Autor\*innen, Ämterbegleitungen usw.

Nie zuvor war der Radius von ehrenamtlich Engagierten derart weit und zugleich so dicht. Menschen haben zusammengearbeitet, die sehr verschiedenen sozialen Milieus angehören, und ein gewisser Hunger nach neuen persönlichen Erfahrungen war sicher auch dabei...

Aber auch viel Stress, bei dem intensive face-to-face-Beziehungen manchmal auf der Strecke blieben.

Hinzu kommt: Unterstützung durch Ehrenamtliche ist oft situationsbezogen, für intensive Begegnungen bleibt zu wenig Zeit. Und das Leben in einer Notunterkunft ist ruhelos, deprimierend und (bis hin zum Mittagmenü) extrem fremdbestimmt. Wie kann da eine Stabilisierung der Migrant\*innen nach der Flucht gelingen?

Wie sich 2015 vor dem Berliner LaGeSo exemplarisch zeigte, waren mehrere staatliche Institutionen dermaßen überfordert, dass Ehrenamtliche ihr Engagement auch als frustrierend bis hin zu Burnout und Ohnmachtsgefühlen empfanden. Zentrale Themen wie Wohnen, Arbeit, Familie, Bildung lagen sowieso nicht in ihrer Hand, aber es gab ein großes „Jetzt erst recht“.

Aber ohne mehr politische Unterstützung für ehrenamtliche Arbeit und die Förderung von langfristigen Strukturen statt kurzatmiger Projektorientierung wird das Engagement abnehmen, wie sich bereits jetzt zeigt. Zudem wird das Zurechtfinden der „neu“ Angekommenen nur gelin-

gen, wenn nach all dem Stress nicht auch eine entspannte Geselligkeit entsteht – mit dem Austausch von Geschichten, mit nachbarschaftlichen Begegnungen, kulturellem Leben. Diese kommunikativen Dimensionen für eine gelingende „Integration“ sollten wir ernst nehmen.

Aber nicht so, wie dies seit 20 Jahren geschieht. Noch 2017 hat der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière die bisher hoffentlich letzte Debatte zu einer „deutschen Leitkultur“ entfachen wollen. Darin wollte er „unsere sozialen Gewohnheiten“ verbindlich machen („Wir geben uns zur Begrüßung die Hand“, „Wir sind nicht Burka“), die Religion sei unser sozialer „Kitt“, was die Kirchen einigermaßen empörte.

Das Zuwanderungsgesetz von 2015 sieht eine verpflichtende Teilnahme an Integrationskursen für alle Eingewanderten vor. Neben 600 Stunden Basis- und Aufbaukurs Deutsch besteht dieses Paket auch aus einem Orientierungskurs von 100 Stunden, in dem Kenntnisse über die Grundwerte,

Politik, Kultur, Geschichte und Alltag vermittelt werden. Hier wird die Wertedebatte lebendig und in zwischenmenschlicher Kommunikation geführt, unbeschwert vom Klotz „leitkultureller“ Statements. Die Kurse schließen mit einer Prüfung ab. Niemand muss einem Horst Seehofer die Hand geben (ebenso wie niemand am 1. April einen Aprilscherz von sich geben muss).

### Ehrenamt als deutsches Spezifikum

Auffällig ist auch, dass in keiner Leitkulturdebatte die besondere Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements erwähnt wird, dabei ist dies wirklich ein deutsches Spezifikum. Nach verschiedenen Untersuchungen üben ca. 15 Millionen erwachsene Deutsche regelmäßig ein Ehrenamt aus, im weiteren Sinne sind sogar etwa 36 % der Bevölkerung freiwillig ehrenamtlich engagiert, und zwar mehr denn je dort, wo sich auch die Geflüchteten bewegen, also in den Sportvereinen, Schulen, KiTas, kulturellen und sozialen Projekten.

Lebensformen und Gewohnheiten bilden und verändern sich zumeist in lokalen, kleinräumigen Zusammenhängen – dort, wo soziale Nähe, Freundschaften und Bekanntschaften entstehen und das gesellige Leben immer weitere Kreise erobert.

Was wir heute weiter zu entwickeln haben, ist eine lebendige Kultur der Begegnungen auf Augenhöhe. Sie muss auf funktionierenden Institutionen gründen, zivilgesellschaftliches Engagement mit Förderprogrammen und Projektmitteln finanziell unterstützen, Pfade vom Ehrenamt in bezahlte Beschäftigung bahnen und die Bedingungen dafür sichern, dass Zugewanderte sich von Anfang an wertgeschätzt fühlen können.

■ Wolfgang Lenk,  
Bezirksverordneter

# Gegen das Vergessen: Stolpersteine in Xhain

Wer aufmerksam durch Friedrichshain-Kreuzberg schlendert, kann an 830 Stellen über einen schimmernden Pflasterstein „stolpern“. Die sogenannten Stolpersteine tragen zur Erinnerungskultur unseres Bezirks bei und erinnern an die Menschen, die den Verbrechen der Nationalsozialist\*innen zum Opfer fielen.

Stolpersteine sind in den Bürgersteig eingelassene Pflastersteine mit Messingtafeln, die an verfolgte Personen des Nazi-Regimes erinnern. Darauf steht der Name, der letzte Wohnort, Geburts- und Todesdatum und das Schicksal (häufig Deportation in ein Konzentrationslager, Folter, Ermordung) der jeweiligen Person. Der Bildhauer und Künstler Gunter Demnig hat das Projekt 1992 ins Leben gerufen. Sein Ziel war es, Juden\*, Sinti und Roma, Menschen aus dem politischen oder religiös motivierten Widerstand, Homosexuellen, Zeug\*innen Jehovas, Opfer der „Euthanasie“-Morde sowie weiteren Personengruppen, die zwischen 1933 und 1945 von den Nationalsozialisten verfolgt, gefoltert, deportiert und vernichtet wurden, zu gedenken. Jeder Stein wird einzeln per Hand angefertigt. Dies soll, Demnig nach, im Gegensatz zur maschinellen Menschenvernichtung in den Konzentrationslagern stehen. Die Stolpersteine sollen den Menschen, die im Konzentrationslager zu Nummern degradiert wurden, ihre Namen zurückgeben. Dass man sich als Spaziergänger\*in bücken muss, um sie zu lesen, hat ebenfalls eine besondere Bedeutung für Demnig: So verbeugt man sich nämlich symbolisch vor den Opfern. Wirklich stolpern kann und soll man über die Steine gar nicht. Ein Schüler Demnigs brachte es gut auf den Punkt: „Nein, nein, man stolpert nicht und fällt hin, man stolpert mit dem Kopf und mit dem Herzen.“ Die zum Bürgersteig gewordenen Gedenktafeln sind mittlerweile ein euro-



Stolperstein-Putzaktion am 6. Juni 2018 mit Antje Kapek, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Foto: tl

paweites Projekt. In über 21 Ländern wurden insgesamt rund 69.000 Steine verlegt, davon 7.613 in Berlin (Stand Juli 2018).

## Es begann in Xhain

Der allererste Stolperstein, der im Mai 1996 von Gunter Demnig in Friedrichshain-Kreuzberg verlegt wurde, war gleichzeitig der allererste Berliner Stolperstein. Er erinnert am Eingang der Oranienstraße 158 an Lina Friedemann mit den Worten: „Hier wohnte

Lina Friedemann, Jahrgang 1875, Deportation 1942, ermordet in Riga“. Ganze 51 Stolpersteine verlegte der Künstler im Gebiet der Oranienstraße und Dresdener Straße im Frühjahr 1996 und hatte dafür nicht einmal eine Genehmigung. Erst drei Monate später prüfte das Kreuzberger Tiefbauamt die Verlegung und erteilte nachträglich die Genehmigung. Heute laufen die Menschen tagtäglich in Friedrichshain-Kreuzberg über 830 Stolpersteine im Bezirk (Stand Juli 2018).

Die Grünen in Xhain machen regelmäßig durch Aktionen auf die Stolper-

steine und ihre Bedeutung aufmerksam und setzen sich dabei für eine lebendige Erinnerungskultur ein. Im Juni diesen Jahres beispielsweise rief Antje Kapek, Fraktionsvorsitzende der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus, zum „Stolpersteine putzen im Wrangelkiez“ auf. Während interessante Hintergrundgeschichten zu den einzelnen Personen auf den Steinen erzählt wurden, polierte die Gruppe fleißig die über die Zeit verwitterten Stolpersteine wieder blank. Am 24. Juli wurden für die Familie Merory 12 neue Stolpersteine in Xhain verlegt.

Viele Mitglieder der Familie waren von der sogenannten „Polenaktion“ betroffen, die sich Ende Oktober 2018 zum 80. Mal jährt. Bei dieser Verhaftungswelle wurden mindestens 17.000 Menschen jüdischen Glaubens aufgrund ihrer polnischen Staatsangehörigkeit aus Deutschland ausgewiesen, davon aus Berlin alleine 1.500 Menschen. Die Aktion wurde von der grünen Stadträtin Clara Herrmann begleitet und unterstützt. Friedrichshain-Kreuzberg ist damit der erste Bezirk, der Stolpersteine finanziert, deren Verlegung von Angehörigen initiiert wird.

## Stolperstein-Patenschaft übernehmen

Wer sich selbst an dem Kunstprojekt beteiligen will, kann dies auf vielfältige Weise tun. Entweder kann man selbst eine Verlegung initiieren, indem man selbst Fakten zur verfolgten Person recherchiert bzw. liefert. Mit einer Spende von 120 Euro lässt sich ein ganzer Stolperstein finanzieren oder man übernimmt eine freiwillige Putzpatenschaft. Dazu braucht man lediglich eine Polierpaste und einen Schwamm. Vielleicht gibt es ja sogar Stolpersteine vor der eigenen Haustür, die etwas neuen Glanz vertragen könnten?

Weitere Informationen unter: [www.stolpersteine-berlin.de](http://www.stolpersteine-berlin.de)

■ Tizia Labahn

## Silvio-Meier-Preis 2018

**Friedrichshain-Kreuzberg lobt in diesem Jahr schon zum dritten Mal den Silvio-Meier-Preis aus. Auch 2018 wollen wir gemeinsam mit Ihnen eine engagierte Initiative, Einzelperson oder ein Projekt in Friedrichshain-Kreuzberg würdigen und rufen hiermit dazu auf, Vorschläge einzureichen. Die Preisträger\*in wird am 21. November 2018 im Jugend(widerstands)museum ausgezeichnet.**

Bewerben Sie sich jetzt oder geben Sie einen Vorschlag für den Silvio Meier Preis 2017 ab:

- Bewerbungen / Vorschläge an: [silvio-meier-preis@ba-fk.berlin.de](mailto:silvio-meier-preis@ba-fk.berlin.de)
- Bewerbungsfrist: 20.8.2018-19.10.2018
- Bewerbungsinhalt: schriftliche Projektbeschreibung und Begründung für die Bewerbung bzw. den Vorschlag

Mit der Verleihung des Silvio-Meier-Preises bezieht der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg klare Position gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Ausgrenzung, Diskriminierung.

Dazu sagt Bezirksstadträtin Clara Herrmann: „In diesem Jahr vergeben wir zum dritten Mal den Silvio-Meier-Preis. Die Auszeichnung trägt den Namen Silvio Meier aufgrund seines Engagements gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. 1992 wurde der Friedens- und Menschenrechtsaktivist Silvio Meier von Rechtsradikalen ermordet. Mit diesem Preis unterstützen wir als Bezirk Initiativen und Bürger\*innen, die aktiv und gewaltfrei gegen Rassismus und Diskriminierung eintreten; Menschen, die sich für Toleranz und Vielfalt engagieren!“

### Voraussetzungen für die Bewerbung

- Der Silvio-Meier-Preis ehrt Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen oder Projekte, die sich im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg aktiv gegen soziale Bevormundung, Entmündigung, Diskriminierung, soziale und kulturelle Ausgrenzung einsetzen oder eingesetzt haben.
- Es sollen herausragende Handlungen oder das Zeigen von Zivilcourage gegenüber rechtsextremistisch und rassistisch motivierter Gewalt oder Aktionen geehrt werden.
- Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen oder Projekte, die eine oder mehrere dieser Voraussetzungen erfüllen, können sich entweder selbst bewerben oder vorgeschlagen werden.

## Verbesserung der Berufsorientierung

Vor drei Jahren hat der Berliner Senat ein erweitertes Konzept zur vertieften Berufsorientierung an den Schulen beschlossen (BVBO 2.0). Das war die Konsequenz aus einer Analyse, wonach die schulische Berufsorientierung noch zu wenig praxisorientiert ist.

Die BVV hat nun beschlossen, eine bezirkliche Tagung zu diesem Thema zu veranstalten. Ziel ist ein Informationsaustausch darüber, wie gelingende Praxismodelle aussehen und welche konkreten Ideen einzelne Schulen entwickelt haben, um die Vielfalt der beruflichen Perspektiven interessanter zu vermitteln. Aber auch: In welchen Berufen gibt es absehbar einen großen Fachkräftemangel? Wie können die Eltern besser in die schulische Berufsorientierung einbezogen werden? Was trägt zu einer gelingenden Beratung bei?

Neben den Kammern und dem bezirklichen Unternehmerverband sollen schulische Lehrkräfte, Migrant\*innenorganisationen und Träger\*innen der berufsvorbereitenden Orientierung, wie Arrivo, eingeladen werden. Expert\*innen der Praxis also. Uns Grünen geht es darum, die Orientierungslosigkeit oder Unsicherheit abzubauen, die bei einem nicht unerheblichen Teil der Schulabgänger\*innen vorhanden ist, wenn sie sich ernsthaft fragen: Was passt zu mir?

Die Schulen unseres Bezirks gehen zum Teil sehr ähnlich, zum Teil auch recht unterschiedlich mit dem Konzept der BVBO 2.0 um. Einerseits wird etwa der Berufswahlpass in einigen Schulen ab Klasse 7 oder 8 erfolgreich eingesetzt und fortlaufend für Dokumentationen genutzt, andererseits lehnen etliche Schulen den Pass ab, da das Format als „ungünstig“

empfunden wird – aus diesem Grund wird er schlicht vergessen. Sticks für die Schüler\*innen könnten eine Alternative sein, aber dafür fehlen die technischen Voraussetzungen und eine Anleitung durch die Lehrkräfte.

Fast alle Schulen haben ein schulin-tern konkretisiertes Konzept zur vertieften Berufsorientierung. Es gibt aber auch die Meinung, das lohne sich nicht. Bisher gibt fast keine Kooperation mit Kammern, Wirtschaftsverbänden oder Gewerkschaften, wie es die BVBO vorsieht. Der Kontakt zu guten Praktikumsbetrieben wird aber durch eine Zusammenarbeit mit der IHK und der Handwerkskammer überall gepflegt. Ein für alle Schulen vorgesehenes eigenes Büro zur Berufsorientierung ist bisher an noch fast keiner Schule eingerichtet.

■ Wolfgang Lenk, Bezirksverordneter

## Erinnerungskultur in Gefahr

Nach einer aktuellen Studie können etwa 40 Prozent der Schüler\*innen in Deutschland heute mit dem Namen Auschwitz nichts mehr anfangen. Dies ist höchst alarmierend.

Wir Grünen hoffen, die Schüler\*innen unseres Bezirks stärker in das öffentliche Erinnern an die Verbrechen des deutschen Faschismus einbinden zu können. Dazu ist in der BVV am 16. Januar eine Beschlussvorlage verabschiedet worden. Die Schulleitungen werden gebeten, im Rahmen der Lehrpläne und im Kontext des Unterrichts in den entsprechenden Jahrgangsstufen die Gelegenheit zu einer solchen engagierten Teilnahme zu prüfen.

In den Rahmenlehrplänen aller Berliner Schularten ist fächerverbindend eine Fülle von Zugängen zum Lernen aus der faschistischen Diktatur festgeschrieben. Zudem verfügt gerade Berlin wie keine andere Region in Deutschland über eine Vielzahl an Gedenkorten und authentischen

historischen Stätten, die den Jugendlichen zahlreiche Möglichkeiten für Recherchen bieten.

Die Schüler\*innen werden auf die Möglichkeit hingewiesen, sich aktiv an der Vorbereitung und Gestaltung der öffentlichen Gedenkveranstaltungen zu beteiligen sowie eigene Beiträge und Projekte aus dem Unterricht einzubringen; beispielsweise indem sie eine kleine musikalische Aufführung vorbereiten oder Auszüge aus Aufzeichnungen oder anderen Dokumenten der Opfer des deutschen Faschismus vortragen. Wichtig ist, dass die Schüler\*innen lernen, die Erinnerungskultur aktiv mitzugestalten, besonders in der heutigen Zeit, in der Rassist\*innen und Rechtspopulist\*innen versuchen, die Erinnerungskultur an nationalsozialistische Verbrechen zu „entsorgen“.

Im Selbstverständnis der Bundesrepublik und ihrer politischen Kultur ist es die erste und wichtigste Aufgabe

von Bildung und Erziehung, „dafür Sorge zu tragen, dass sich Auschwitz niemals wiederholen könne“, schrieb der Philosoph Theodor W. Adorno 1971. Es hat lange genug gedauert, bis die Erinnerung an die Nazi-Verbrechen der Verdrängung entrissen wurde. Dazu beigetragen haben viele: vor allem die Zeitzeugen, die Forschung, auch die Jugendlichen, die besonders seit den 60er-Jahren ihre Eltern intensiver nach ihrer Vergangenheit befragt haben, Filme wie die US-amerikanische Holocaust-Serie, die KZ-Gedenkstättenpädagogik oder der von Jürgen Habermas ausgelöste „Historikerstreit“.

Für die engagierten Schüler\*innengruppen würde dies auch eine neue Erfahrung bieten: Sie lernen, mit Bezug auf die bundesrepublikanische Erinnerungskultur, öffentlich aufzutreten und zu sprechen.

■ Wolfgang Lenk, Bezirksverordneter

# 1968 / 2018

**Die 68er-Bewegung in Kreuzberg. Vieles, was heute erreicht ist und fast schon selbstverständlich scheint, nahm vor 50 Jahren seinen Anfang. Drei Beispiele.**

Die großen Auseinandersetzungen fanden zunächst woanders statt, am Kudamm und an der FU, in Schöneberg, wo schon 1967 die Kommune 1 gegründet wurde, und in Charlottenburg, wo im Februar 1968 an der TU der Internationale Vietnamkongress stattfand. Kreuzberg lag mit seinen zahlreichen unsanierten Altbauten im Schatten der Mauer und galt als Arbeiterviertel. Zum anderen war es Heimat vieler Künstler\*innen und selbsternannter Bohémiens und versuchte, das Montmartre oder Greenwich Village von Berlin zu sein. Aber bald rückte auch Kreuzberg ins Zentrum des Geschehens.

## Springerhochhaus Kochstraße

Das Springerhochhaus an der Kochstraße war, weithin sichtbar für den Ostteil der Stadt, im Oktober 1966 eröffnet worden. Die Generation der Täter\*innen saß an vielen Stellen wieder fest im Sattel, hatte sich einer umfassenden Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit verweigert und sich zwischen Wiederaufbau und Wirtschaftswunder in kleinbürgerlich-patriarchalen Strukturen scheinbar sicher eingerichtet. Diese Ruhe war bald endgültig gestört.

Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 wurde das Verlagshaus Schauplatz schwerer Auseinandersetzung zwischen Demonstrant\*innen und der Polizei. Durch unaufhörliche Hetze und Dif-



Demo in der Nähe des Axel-Springer-Hochhauses 1968

Foto: Jochen Henschel



Mieter\*innen-Demo am Naunynplatz 1968

Foto: Jochen Henschel

famierungen hatte sich der Springer-Konzern mitschuldig gemacht an der gewalttätigen Stimmung in der Stadt.

## Kahlschlag und steigende Mieten

Bis weit in die 60er Jahre hinein war Wohnraum in Westdeutschland zwangsbewirtschaftet, d. h., er wurde zuteilt. Die Zwangsbewirtschaftung war durch Bundesgesetz von der CDU-Regierung bereits 1960 gelockert worden, Voraussetzung war jedoch, dass Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt nahezu ausgeglichen waren - die Nachfrage durfte das Angebot um maximal 3 % übersteigen. Sobald der Immobilienmarkt den freien Kräften des kapitalistischen Marktes überlassen war, hatte dies schwerwiegende Folgen für die Mietentwicklung. Wohnungsnot und steigende Mieten waren auch 1968 ein Thema auf der Straße. Daneben gab es irrwitzige Sanierungsvorhaben, die ebenfalls mit Verdrängung einhergingen. Dem Sanierungsgebiet Kreuzberg ist Anfang der 1970er Jahre die komplette Admiralsstraße am Kottbusser Tor zum Opfer gefallen. Was wir heute am Kotti sehen, ist die in Beton gegossene Vorstellung einer Stadt der Zukunft, wie sie um 1968 in den Amtsstuben der Stadtentwickler\*innen gesehen wurde. Nur durch massiven Protest konnte noch weiter gehender Kahlschlag verhindert werden.

## Vom Kinderladen zur Kita

Wenn seit dem 1. August die Beiträge zum Kitaplatz für Eltern in Berlin vollständig abgeschafft wurden und jedes Kind Anspruch auf kostenlose Betreuung hat, dann ist das der vorläufige Endpunkt einer langen Entwicklung, die für die westlichen Bezirke mit den ersten Kinderläden 1968 im damaligen West-Berlin begonnen hatte. Es ging um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, festgefahrene Rollenklischees wurden aufgebrochen und alternative Erziehungsmethoden erprobt.

Ein Beispiel war der Schülerladen "Rote Freiheit", der im darauffolgenden Juli 1969 am Oranienplatz entstand, ein Experiment, das bundesweit Aufmerksamkeit erlangen sollte. Es war von der "Roten Zelle Psychologie" der FU entwickelt worden und sollte den Folgen repressiver Erziehung einen emanzipatorischen Ansatz entgegensetzen. Die Kinder waren zwischen 8 und 14 Jahre alt, es gab keine Tabus, der Vietnamkrieg und eine grundsätzlich anti-imperialistische Einstellung waren ebenso Thema wie die Sexualität. Alles wurde zu wissenschaftlichen Zwecken dokumentiert. Natürlich regte sich massiver Widerstand von konservativer Seite und bereits nach einem dreiviertel Jahr musste das Experiment im April 1970 abgebrochen werden.

■ Henry Arnold

## #besetzen ist legitim

**Auch wenn die Hausbesetzung an Pfingsten bedauerlicherweise kurz vor einem Verhandlungserfolg durch den Senat geräumt wurde, ist das Thema damit nicht erledigt. Ganz im Gegenteil: Wir wollen endlich die Berliner Linie der Vernunft weiterentwickeln und einen neuen politischen Umgang mit Hausbesetzungen nach Züricher Vorbild erreichen.**

Seit Jahren erleben wir stadtweit die Zunahme von spekulativem, illegalem Leerstand, von legalen Abrissen, aber auch von Zweckentfremdungen als Ferienwohnungen. Rot-Rot-Grün hat das Gesetz zum Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum zwar zum 1. Mai 2018 verschärft. Damit haben die Bezirke mehr Kompetenzen bekommen, um effektiver eingreifen zu können – zugegeben, es braucht noch mehr Personal. Aber wir Grüne wollen auch eine zügige Verschärfung des Wohnungsaufsichtsgesetzes, denn die ca. 60 Problemimmobilien in fast allen Bezirken, die seit vielen Jahren leer stehen, fallen nicht unter das Zweckentfremdungsverbot. Bei diesen Immobilien gilt es, überhaupt erst wieder eine Wohnnutzung zu ermöglichen. Um das zu erreichen, müssen wir die Möglichkeiten der Bezirke, bei Verwahrlosung und Missständen früher einzugreifen, erweitern. Besonders zentral wäre es, dass Bezirke zukünftig die Kosten bei Ersatzmaßnahmen zum Abstellen der Missstände in das Grundbuch des Hauses als Last eintragen können, sodass sie nicht auf ihren Kosten sitzen bleiben. Zur Absicherung der finanziellen Risiken der Bezirke fordern wir, einen Fonds auf Landesebene einzurichten.

### Eigentum verpflichtet!

Spekulativer Leerstand und das Verfallenlassen von Wohnraum stehen angesichts der grassierenden Wohnungsnot in einem besonderen öffentlichen Interesse und sorgen zu recht für starken Unmut. Es ist richtig zu kritisieren, dass Wohnraum leer steht, während die Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen in der Stadt wächst und immer weniger Haushalte sich die exorbitanten Mieten leisten

können. Die neun teils Scheinbesetzungen von jahrelang leerstehenden Häusern bzw. Wohnungen sind Ausdruck der berechtigten Kritik an der zunehmenden Verdrängung von Mieter\*innen und der massiven Spekulation mit Wohnraum. Und nicht zuletzt sind sie als Auftrag an uns als R2G gemeint, damit wir besser werden. Es ist bedauerlich, dass keine Verhandlungslösung zwischen dem Senat und den Besetzer\*innen der Bornsdorfer Straße 37b erzielt wurde, obwohl ein Kompromiss in greifbarer Nähe war. Die Besetzer\*innen hatten Räumlichkeiten für den Kiez und günstigen Wohnraum für Wohnungslose und Geflüchtete gefordert.

Die Hausbesetzungen verdeutlichen auch, dass viele unserer Gesetze nicht stark genug sind, um das Primat der Politik wiederherzustellen. Nicht wenige betroffene Mieter\*innen zweifeln am Rechtsstaat, wenn sie jahrelang um ihre Wohnung kämpfen müssen. Auch deshalb haben wir Bündnisgrüne die stadtweite Einführung offener Mieter\*innenberatungen und einen kostenlosen Rechtsschutz für Arme erkämpft. Grund dafür ist, dass die verfassungsgemäße Sozialpflichtigkeit des Eigentums kaum noch im Miet- und Baurecht zu finden ist. Es gibt nicht nur die Eigentumsfreiheit, nein, Eigentum verpflichtet eben auch: „Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ So steht es jedenfalls in der Verfassung. Das lange Leerstellenlassen von Wohnungen und das Verfallenlassen von Wohnhäusern aus Spekulationsgründen ist angesichts steigender Mieten und Wohnungsnot in vielen Städten kein Gebrauch, der mit der Sozialpflichtigkeit von Eigentum an Grund und Boden und dem Wohl der Allgemeinheit zu vereinbaren ist. Wer sein Haus jahrelang leer stehen,

verfallen oder einfach liegen lässt, um Steuern zu sparen, und dadurch anderen Wohnraum verwehrt trotz der grassierenden Wohnungsnot, der handelt weder verantwortungsvoll noch legal und muss daher in die Pflicht genommen werden. Wenn mutwillig und bewusst Wohnraum dem Gemeinwohl entzogen wird, sind Hausbesetzungen nicht nur legitim, sondern auch notwendig - auch wenn staatliches Eingreifen grundsätzlich Vorrang hat. So sieht das auch die Mehrheit der Berliner\*innen.

### Mehr Zürich wagen

Die Berliner Linie besagt nicht primär, dass Hausbesetzungen innerhalb von 24 Stunden durch die Polizei geräumt werden müssen. Als der damalige regierende Bürgermeister Hans-

Jochen Vogel (SPD) die „Berliner Linie der Vernunft“ im Jahr 1981 einführt, war das die Reaktion auf eine Besetzungswelle von etwa 165 Häusern. Dabei sollten aber bereits zuvor besetzte Häuser sogar geschützt werden. Durch Dialog und Verhandlungen gelang im Laufe der Jahre sogar die Legalisierung von über 100 Häusern. Berlin wäre nicht so vielfältig, wie es heute ist, hätte es die Hausbesetzer\*innen-Szene von damals nicht gegeben. Dass Verhandlungen der richtige Weg sind, beweist seit vielen Jahren auch die Stadt Zürich. Auch in der Schweiz muss zunächst ein Strafantrag durch die Eigentümer\*innen gestellt werden. Jedoch wird zuerst ein Kompromiss zwischen den Eigentümer\*innen und den Besetzer\*innen versucht, um eine langfristige Befriedung zu erreichen, auch durch Zwischennutzungsverträge. Zudem wird das Gebäude bzw.

Wohnhaus durch die Polizei überhaupt erst geräumt, wenn der oder die Eigentümer\*in direkt ansprechbar ist und vorweisen kann, dass eine neue Nutzung, ein Abriss oder eine Sanierung unmittelbar bevor steht. Damit wird erreicht, dass Räumungen erst so spät wie nötig vorgenommen bzw. viele Zwischennutzungen möglich werden. Dieses Modell kann Wohnraum erhalten und Spekulant\*innen abschrecken. Wir wollen daher die Erfahrungen aus Zürich für unseren politischen Umgang mit Hausbesetzungen in Berlin nutzen und die „Berliner Linie der Vernunft“ nach Züricher Vorbild weiterentwickeln. Denn wer, wenn nicht R2G kann und muss alles anders machen in der Wohnungspolitik für Berlin.

■ Katrin Schmidberger, Mitglied des Abgeordnetenhauses

## Mach mit bei der Arbeitsgruppe StadtWohnenMieten

Seit Anfang Juli gibt es bei den Xhainer Grünen die neue Arbeitsgruppe **StadtWohnenMieten**. Ziel der AG ist, besondere Facetten der Stadtentwicklung und Stadtgesellschaft sowie von Wohnungs- und Mietpolitik zu diskutieren und neue Ideen und Positionen einzubringen. Die AG möchte die beteiligten Stellen wie BVV, Abgeordnetenhaus und Bund besser vernetzen, sowohl innerhalb des Kreisverbandes als auch extern zu lokalen Stadtakteur\*innen und zu den zahlreichen Initiativen vor Ort. Wir wollen menschen- und realitätsnah denken und arbeiten, um unsere politischen Positionen weiterzuentwickeln.

Auch anlässlich des Grundsatzprogrammprozesses wollen wir neue Positionen diskutieren und ausarbeiten.

Das nächste Treffen findet am **20. September 2018 um 19 Uhr** im Igelbau in der Dresdener Straße 10, 10999 Berlin, statt.

Wenn ihr Interesse habt, schreibt uns einfach oder kommt beim nächsten Termin vorbei.

Mail an: [stadt@gruene-xhain.de](mailto:stadt@gruene-xhain.de)

■ Ansprechpartner Theo Ioannidis

# Von Berlin-Südkreuz nach Xianyang

**Der ehemalige Neuköllner Bürgermeister Buschkowsky (SPD) und der CDU-MdB Heilmann setzen sich für eine umfassende Überwachung des öffentlichen Raumes mittels Video- und Tonaufzeichnungen ein. Auch Innensenator Geisel (SPD) unterstützt die Vorhaben und will noch in diesem Jahr einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen.**

Beiden Vorstößen ist gemeinsam, dass sie weit über konventionelle Raumüberwachung hinaus zielen: „Intelligente Systeme“ sollen Kriminalität nicht bloß aufzeichnen, sondern mittels Gesichtserkennung einzelne Personen identifizieren sowie perspektivisch sogar verdächtige Verhaltensmuster von Passant\*innen erkennen.

## China als abschreckendes Beispiel

Ein entsprechender Feldversuch läuft bereits seit einem Jahr am Bahnhof Südkreuz. Sämtliche dort durchlaufenden Passagiere werden verdachtsunabhängig gescannt, ihre biometrischen Merkmale anschließend mit einer Datenbank abgeglichen. Geht es nach Buschkowsky und Co., soll das System die Leistungsfähigkeit der neuen Technik demonstrieren — stattdessen zeigt es aber vor allem eines: die Vorbilder der Berliner Überwachungsfans sind im autoritär regierten China zu finden.

Im 7378 Kilometer entfernten Xianyang in der zentral-chinesischen Provinz Shaanxi wurde bereits vor Jahren modernste „intelligente“ Überwachungstechnik installiert. Im ganzen Stadtgebiet sucht ein dichtes Netz von Kameras alle vorbeilaufenden Fußgänger\*innen nach Ähnlichkeiten mit einer polizeilichen Datenbank ab. Die digitalen Augen des Staates sind sogar in der Lage, selbstständig kleine Vergehen, wie das Überqueren einer Straße bei Rot, zu erkennen. Wer vom System ertrapt wird, erscheint nur Augenblicke später auf meterhohen Flachbildschirmen am Straßenrand. Die Bildschirme zeigen nicht nur die Gesichter der mutmaßlichen Übeltäter\*innen, sondern blenden auch ihre Namen und Ausweis-Nummern öffentlich einsehbar ein. Die modernen Pranger von Xianyang sind Teil eines umfassenden Überwachungsprogramms der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). In anderen Städten des Landes experimentiert sie zudem mit Google-Glass-artigen Brillen für ihre Polizist\*innen, denen



Videoüberwachung am Alex

Foto: ha

mithilfe von integrierten Kameras in Echtzeit Informationen über die vorbeilaufenden Personen eingeblendet werden. Die KPCh investiert immense Summen in das Projekt. Auch Buschkowsky und Heilmann wollen mit ihrem Gesetzesvorschlag allein in den ersten fünf Jahren 81,5 Millionen Euro in die neuen Systeme investieren. Davon sollen 50 Millionen Euro in ein neu zu gründendes „Berliner Institut für Kriminalprävention“ fließen, welches Vorschläge für die Weiterentwicklung des Berliner Überwachungssystems entwickeln soll.

Dabei bleibt der Nutzen der teuren Technik für die Verbrechensbekämpfung mehr als fraglich. Eine Evaluation zur polizeilichen Videobeobachtung in Nordrhein-Westfalen des Kri-

minologischen Forschungsinstituts Niedersachsen kam kürzlich zu dem ernüchternden Ergebnis, dass die Kameras „kaum oder gar nicht“ zu einer Reduktion des Kriminalitätsaufkommens beitragen. In Dortmund nahm die Straßenkriminalität im videoüberwachten Bereich sogar zu. Insbesondere bei Gewaltkriminalität, die häufig unter Alkohol- und Drogeneinfluss stattfindet, verhindert die Videoüberwachung überhaupt keine Verbrechen.

## Nutzen von Videoüberwachung fraglich

Was hingegen durch die High-Tech-Überwachung erreicht wird, ist ein Klima der Angst und Einschüch-

terung. Die verstärkte Anwendung von Kameras und Gesichtserkennung durch autoritärere Regierungen zeigt eindringlich, in welche Art von Gesellschaft die Ausweitung der Überwachung öffentlicher Räume führt.

Der totalitäre Charakter des chinesischen Panoptikums sollte unsere Innenpolitiker\*innen abschrecken und darf ihnen nicht zum Vorbild dienen. Als Demokratie müssen wir uns dafür einsetzen, dass dem Einsatz der Technik klare Grenzen gesetzt werden. Aus gutem Grund sieht der Berliner Koalitionsvertrag daher vor, „den neuen Herausforderungen nicht mit einer Einschränkung der Grundrechte [zu] begegnen“ (S. 143).

## Freiheits- und Grundrechte statt Überwachungsstaat

Geisels neueste Pläne lassen sich mit den dort getroffenen Abmachungen nicht vereinbaren. Tonüberwachung, wie sie Buschkowsky und Heilmann fordern, ist eindeutig grundrechtswidrig. Wir wollen ein lebenswertes Berlin, in dem Freiheits- und Grundrechte hochgehalten werden, und keinen Überwachungsstaat nach chinesischem Vorbild. Statt Grusel-Technik brauchen wir eine gute und umfassende Kriminalprävention sowie eine gut ausgebildete, ausgestattete und bürger\*innennahe Polizei.

■ **Nikolas Becker,**  
Geschäftsführender Ausschuss

# Stadt mit vielen Bäumen

**Bäume sind wichtig für das Leben in der Stadt. Sie bieten zahlreichen Tieren und Insekten einen Lebensraum, säubern die Luft von Staub und Schadstoffen, spenden Schatten und kühlen die Luft durch Verdunstung. So helfen sie den Berlinerinnen und Berlinern, mit den zunehmenden Wetterextremen durch den Klimawandel zurechtzukommen.**

Die zahlreichen Straßenbäume machen Berlin zu einer grünen Hauptstadt. Weiterhin tragen unzählige Bäume in den Parks, Grünanlagen, Friedhöfen, Wäldern zu einer naturnahen Stadt bei. In Berlin hat sich der nach dem zweiten Weltkrieg sehr reduzierte Baumbestand erhöht. Ende 1990 gab es in Berlin ca. 370.000 Straßenbäume, im Jahr 2016 betrug die Anzahl 437.838 und Ende 2017 5.000 Straßenbäume weniger, ca. 433.000.

Berlin hat in diesem Jahr einen Vorgesmack darauf erlebt, wie sich Klimawandel anfühlt. Im Mai und Juni fiel gerade einmal die Hälfte der sonst üblichen Niederschlagsmenge. In den kommenden Jahren wird es immer häufiger Sommer geben, die durch längere Trockenperioden geprägt sein werden. Darunter leiden die Stadtbäume, aber auch Bäume in den Berliner Forsten.

Im vergangenen Herbst fegte Sturmtief Xavier über Berlin und zerstörte bzw. beschädigte 56.000 Bäume in den Parks, Grünanlagen, an den Straßen und in den Berliner Wäldern. Dieses Jahr regnete es im April, verglichen mit anderen Jahren, zu viel – im Mai, Juni und Juli blieb der Regen aus. Die letzten zwölf Monate waren für die Bäume eine Zumutung, und mit ihnen litt die gesamte Natur. Der Regen im April führte zu einer frühen Blüte der Linden und damit zu einer Lücke im Nahrungsangebot für Bienen und andere Bestäuber nach Ende der Blüte. Kleinere und hellere Blätter, hängende Baumspitzen und lichte Kronen waren überall sichtbare Zeichen des Trockenstresses.

## 2018 - Ein schlechter Sommer für die Natur

Viele Bäume haben dieses Jahr bereits zu den Akten gelegt und werfen sehr früh ihre Blätter ab. Vor allem ältere Bäume können Wetterkapriolen, die in einem Jahr auftreten, in der Regel gut kompensieren. Schwierig wird es aber für sie, wenn es über Jahre zu trocken ist. Schaut man in den Waldzustandsbericht 2017 für das Land Berlin, so sieht man, dass bereits 2015

viel zu trocken war und auch 2016 und 2017 regnete es im Frühjahr viel zu wenig. Im Anschluss folgte 2017 der nasseste Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

Es stellt sich die Frage, wie unter den Bedingungen in Zeiten des Klimawandels nicht nur der Baumbestand gut gepflegt, sondern wie der Bestand erhöht werden kann? Wir Grüne setzen uns daher auf allen Ebenen der Berliner Politik für den Erhalt jedes einzelnen Baumes ein und wollen dafür sorgen, dass Berlin noch grüner wird. Deshalb haben wir im Doppelhaushalt 2018/2019 die Mittel für Neuanpflanzungen von Bäumen und deren Pflege massiv auf 8 Millionen Euro erhöht.

Die Bezirke sind bei der Pflege der Bäume der zentrale Akteur. Die Landesebene wird daher die Bezirke bei der Neuanpflanzung stärker unterstützen. Intensive und gute Pflege ist der beste Baumschutz. Um auf extreme Wetterereignisse in den kommenden Jahren schneller und besser reagieren zu können, sollen in Zukunft die Bezirke bei der Bewässerung von Bäumen und Grünanlagen von der BSR, Berliner Wasserbetriebe und weiteren Institutionen unterstützt werden. Seit Juli 2018 werden den Bezirken 600.000 EUR für Sofortmaßnahmen zum Baumschutz und gegen die Trockenheit zur Verfügung gestellt.

## Schutz und Ausbau des Baumbestandes

Der Zugang zu Grünanlagen, Stadt-Grün ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Das Grün im Grau ist ein wichtiger Gesundheitsfaktor für Menschen und Tiere in einer Stadt. In den kommenden Jahren wird sich der Druck auf dieses Grün, seien es Bäume oder Grünflächen, durch den Klimawandel und den Flächenbedarf durch den Wohnungsbau stetig erhöhen. Wir Grünen auf Landes- und Bezirksebene werden dafür sorgen, dass Berlin auch weiterhin lebenswert und grün bleibt! Grün statt Beton!

■ **Turgut Altug,**  
Mitglied des Abgeordnetenhauses

# Globales Fairplay in Xhain

**Seit dem 20. Juli ist Friedrichshain-Kreuzberg offiziell „Fairtrade-Town“! Der Stachel hat die Bezirksstadträtin für Finanzen, Umwelt, Kultur und Weiterbildung interviewt. Denn Clara Herrmann ist auch unsere „Eine-Welt-Stadträtin“.**

**Stachel:** Als fünfter Berliner Bezirk ist nun auch Xhain "Fairtrade-Town" Warum erst jetzt?

**Clara Herrmann:** Ja, es ist richtig, andere Bezirke, wie zum Beispiel Charlottenburg-Wilmersdorf, tragen den Titel „Fairtrade-Town“ schon länger. Für unseren Bezirk war es auch eigentlich nicht so schwierig. Um die Auszeichnung zu bekommen, müssen bestimmte Kriterien erfüllt werden. Vor allem muss das Engagement für eine gerechte Welt nachgewiesen werden. In Friedrichshain-Kreuzberg wird fairer Handel natürlich längst gelebt, Zivilgesellschaft und Kommunalpolitiker\*innen engagieren sich hier und fragen entsprechende Produkte nach. So haben wir zum Beispiel eine Liste mit 82 Geschäften, die faire Produkte anbieten, zusammengestellt. Um Fairtrade-Town zu werden, hätten wir aber nur 50 Cafés oder Läden benötigt. Wir erfüllen die Kriterien nicht nur, wir übererfüllen sie und setzen uns wesentlich darüber hinaus für eine gerechtere Welt ein. Herzlich bedanken möchte ich mich für den Einsatz bei allen Partner\*innen und der Steuerungsgruppe. Jetzt sind wir an dem Punkt, dass wir sagen: „Wir haben uns den Titel auch wirklich verdient“.

**Was macht der Bezirk konkret?**

Wir machen uns stark für einen gerechten Welthandel, und das auf mehreren Ebenen. Zum einen machen wir Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für die Friedrichshain-Kreuzberger\*innen. So haben wir zu mehreren Kinoabenden eingeladen. Wir können so informieren, unter welchen Bedin-

gungen ein T-Shirt hergestellt wird, welche Möglichkeiten ich habe, faire Mode zu beziehen, wenn ich nicht möchte, dass ich mit meiner Kleidung Kinderarbeit, Hungerlöhne oder Umweltverschmutzung unterstütze. Wir haben Licht in den Siegel-Dschungel gebracht und gezeigt, wo man im Bezirk fair shoppen gehen kann. Auf unseren Festen, wie dem Sommerfest der Musikschule im Bezirk, haben wir für den fairen Handel geworben. Vor Ort können gleich faire Schokolade oder Kaffee gekostet werden. Zum anderen wird auch in unserer Bezirksverwaltung fair gehandelter Kaffee getrunken, und viele weitere Produkte werden eingekauft. Über 200 Mitarbeiter\*innen der Bezirksverwaltung haben an Fortbildungen teilgenommen. Berlin kauft jedes Jahr Produkte für rund fünf Milliarden Euro ein, eine Menge davon kaufen die Bezirke. Es macht einen Unterschied, ob faire Produkte gekauft werden oder nicht. Daher ist für uns das Thema nachhaltige Beschaffung ein Schwerpunkt.

**Was genau wird denn fair beschafft?**

In unserem Bezirk ist die Kampagne „Berliner Sport – rundum fair!“ initiiert worden. Gemeinsam mit Partner\*innen werben wir für den Kauf von fairen Fußbällen. Damit nicht nur auf dem Platz fairplay gilt, sondern auch das Spielgerät selbst unter menschenwürdigen Bedingungen hergestellt wurde. Es werden in Schulen und Sportvereinen Informationsveranstaltungen durchgeführt. Als erster Berliner Verein bezieht der Kreuzberger Club Hansa 07 faire Bälle. Gerade befinden wir uns im Austausch mit dem Landesverwal-

tungsamt, damit die zukünftig faire Bälle in ihr Angebot aufnehmen.

Neben den Bällen nehmen wir uns die Natursteine vor. Wir wollen das berühmte Berliner Pflaster genießen und keine Angst haben, dass Kinderhände die Steine geklopft haben oder Arbeiter\*innen unter unwürdigen Bedingungen in unsicheren Steinbrüchen arbeiten müssen. Daher fordern wir in unseren Ausschreibungen von den Unternehmen härtere Kriterien ein, als es das Gesetz vorschreibt. Wir verlangen von den Unternehmen nicht nur die Selbstverpflichtung, dass die ILO-Kernarbeitsnorm eingehalten wird. Wir erwarten unabhängige Prüfsiegel. Damit verbunden ist die Sicherheit, dass unabhängige und regelmäßige Kontrollen vor Ort durchgeführt werden.

**Der Titel Fairtrade-Town klingt auch gut, spielt das eine Rolle?**

Natürlich werden wir das auch für unser Bezirksmarketing nutzen. Das ist für uns aber ein willkommener Nebeneffekt. So wie wir nicht einfach nur den Titel wollten, ist er jetzt Ansporn, uns noch stärker für eine fairere Welt zu engagieren. Fairtrade-Towns haben auch eine Vorbildwirkung. Im Zentrum steht, dass wir die Globalisierung gerechter gestalten wollen. Es ist nicht egal, welche Produkte der Bezirk einkauft. Wir wollen unsere Marktmacht nutzen. Und das nicht alleine, sondern andere Bezirke, das Land und viele Menschen davon begeistern. Wenn keiner etwas ändert, kann es nicht besser werden.

■ **Das Gespräch führte**  
Henry Arnold

# Europawahl? Is nicht egal!

Die Europawahlen 2019 stehen vor der Tür. Schon wieder Wahlkampf? Muss das sein? Ist dieses Europa nicht unglaublich weit weg? Irgendwelche Politiker\*innen, die fernab in Brüssel irgendwelche Entscheidungen treffen, die hier im Kiez ja niemand mehr versteht. Kennen Sie eigentlich ihre\*n Europaabgeordnete\*n? Und was hat sie\*er in den letzten Jahren denn so gemacht? Keine Idee? Dann scheint dieses Europa ja vielleicht gar nicht so wichtig zu sein.

## Die EU in besorgniserregender Verfassung?

Natürlich gibt es genügend Kritik, die man an der EU – seither und bis heute – üben kann. Demokratiedefizite, Bürokratieauswüchse, ferne Entscheidungsprozesse, das alles sind auch keine neuen Baustellen, sondern werden auch im europäischen Politikbetrieb stets aufs Neue diskutiert. Nun beobachten wir den zunehmenden Rechtsruck und die Rückkehr zum Protektionismus. „Germany first“ ruft Seehofer und Kurz ruft „Austria first“. In Polen baut die PiS-Partei den Rechtsstaat um, scheinbar unbeeindruckt von den mahnenden Worten der Akteur\*innen in der EU, und in

Ungarn schränkt Ministerpräsident Orbán, den Kommissionspräsident Juncker schon scherzhaft mit „the dictator“ begrüßte, die Pressefreiheit ein. In Deutschland wächst die AfD am rechten Rand und das nächste Europaparlament droht einen noch höheren Anteil als die bisher ca. 20 Prozent an rechtspopulistischen Parteien zu erhalten.

Alles ziemlich enttäuschend? Alles ziemlich hoffnungslos? Mag sein, dass gerade in der Europapolitik, wo so viele unterschiedliche Menschen, Kulturen, Länder und Gewohnheiten aufeinandertreffen, Politik eben nochmal schwieriger ist. Aber jetzt das Ende der EU herbei zu beschwören, wäre falsch.

Und dafür gibt es eine Menge guter Gründe, denn auch wenn es etwas abgedroschen klingt: Frieden, Freiheit und wirtschaftlicher Wohlstand konnten nach Jahrhunderten der Unruhe und zwei katastrophalen Weltkriegen diesen Kontinent einigen. Die europäischen Staaten arbeiten nicht mehr gegeneinander, sondern miteinander in einer globalisierten Welt. Wir sind zusammengewachsen, können frei reisen, mit der gleichen Währung zahlen, einkaufen, arbeiten, studieren, lieben und leben überall in Europa. Für uns und

vor allem die junge Generation eine Selbstverständlichkeit.

## Erfolgsgeschichten

Es gibt in der europäischen Politik unzählige erfreuliche und begeisternde Geschichten zu entdecken – im Kleinen und im Großen. Im Europaparlament arbeiten die Abgeordneten viel öfter über Fraktions- und Ländergrenzen hinweg an gemeinsamen Themen – so gibt es beispielsweise im Europäischen Parlament sogar eine zwei Drittel Mehrheit für die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Hier blockiert der Rat – also die Mitgliedstaaten. Die Bürger\*innen in Europa sind auf die Straße gegangen gegen die Privatisierung von Trinkwasser und haben sich für unser Recht der Daseinsvorsorge Gehör verschafft – mit Wirkung. Europaweit haben hunderte Tausende gegen TTIP demonstriert und für einen fairen Handel. Europa bedeutet also nicht nur die Institutionen in Brüssel, sondern auch das Entstehen einer grenzüberschreitenden Zivilgesellschaft. Die EU spielt in unser aller Leben eine wichtige Rolle – auch hier im Kiez. Hohe Standards zum Umweltschutz und zur Luftreinheit kommen aus der

EU. Die europäischen Vorgaben zu Anti-Diskriminierung, Datenschutz oder Gleichberechtigung von Frauen am Arbeitsplatz gehören zu den fortschrittlichsten weltweit. Außerdem: Mit Ihrer Stimme können Sie bei der Europawahl richtig was bewegen. Das Europaparlament ist schon lange kein schmückendes Beiwerk mehr, sondern ist in fast allen Bereichen zusammen mit dem Rat DAS Entscheidungsgremium. So hat das Parlament z.B. 2012 das Anti-Produktpiraterie-Abkommen ACTA nach massiven Protesten abgelehnt und danach verschwand es in der Papiertonne.

## Unsere Zukunft ist europäisch

Und diese Erzählung kann endlos fortgeführt werden. Schätzungen zu Folge gibt es seit der Gründung des Erasmusprogramms, welches Studienaufenthalte in anderen Ländern ermöglicht und vereinfacht, mehr als eine Million sogenannter „Erasmusbabys“, die auf die Liebe (supported by EU) zurückzuführen sind. Das alles zeigt: Unsere Zukunft ist europäisch. Und wer es immer noch nicht glauben mag, dem legen wir eine Informationsfahrt nach Brüssel ans Herz (Wussten Sie, dass die meisten

Europaabgeordneten dies ebenfalls anbieten?). Europas Herz schlägt, sehr lebendig, bunt, vielfältig, weltoffen und zukunftsgerichtet. Ja, es steht viel auf dem Spiel und auch die Ausgangslage vor der kommenden Europawahl mag nicht überall reine Zuversicht erkennen lassen. Aber genau deshalb müssen wir umso mehr zeigen, dass Europa mehr ist als ein Eliten-Projekt oder ein Wirtschaftsraum. Die EU geht uns alle an – und ja, auch wir Grüne wollen ein demokratischeres, sozialeres und gerechteres Europa. Und bis dahin ist es noch ein weiter Weg, aber einen, den es sich lohnt zu gehen.

Deshalb heißt es nicht nur für die proeuropäischen Parteien alles zu geben, sondern für jede\*n von uns. Informieren, ins Gespräch kommen, mit Freund\*innen Europa zum Thema machen, Europa im Alltag wahrnehmen und bewusst werden: Europa ist unsere Zukunft – und wir haben es in der Hand. Reclaim Europe!

■ **Vasilij Franco,**  
Geschäftsführender Ausschuss  
und **Anna Cavazzini,**  
Bundesarbeitsgemeinschaft  
Europa



## Impressum:

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

### Redaktion:

Henry Arnold (V.i.S.d.P.) (ha)  
Laura Eckl  
Werner Heck (wh)  
Tizia Labahn (tl)  
Anja Mallmann  
Claudia Schulze

### Freie Mitarbeiter\*innen:

Rebecca Eilfort  
Christian Könneke (ck)  
Astrid Lamm

### Fotos Inhaltsleiste Seite 1:

ha (2)  
wh  
ck

### Kontakt zur Redaktion:

stachel@gruene-xhain.de

### Der Stachel im Internet:

www.gruene-xhain.de/stachel

### Layout & Satz:

Jörn Jaath

### Auflage:

5.000

### Druck:

BVZ Berliner Zeitungsdruck

### Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen  
Kreisverband  
Friedrichshain-Kreuzberg  
Dresdner Straße 10  
10999 Berlin  
Fon: +49 30 614 31 46  
Fax: +49 30 614 31 42  
info@gruene-xhain.de  
www.gruene-xhain.de

## Drei Worte reichen

Das YAAM wurde 1994 als interkulturelles Kultur- und Jugendprojekt gegründet, Sport spielte von Anfang an eine große Rolle. Es hat sein Spektrum immer wieder erweitert um eine Plattform für junge Musiker\*innen, die größte Outdoor Graffiti-Galerie Europas, den überaus schönen Strandbereich, Ausstellungen und ein einzigartiges Konzertprogramm.

Musikalisch stand das YAAM von Anfang an für die Verknüpfung karibischer und afrikanischer Klänge mit zeitgenössischer urbaner Clubmusik, womit eine große Bandbreite der sich momentan stark verändernden Musikszene repräsentiert wird. So treffen hier die derzeitigen Entwicklungen der afrokaribischen Musik zusammen mit Sounds aus London, Paris, Dakar oder Lagos. Produzent\*innen, Musiker\*innen & und DJ\*s aus der ganzen Welt arbeiten hier ohne großen Aufwand zusammen, Menschen verschiedenster Biografien und musikalischer Interessen begegnen sich, um dem Publikum den Facettenreichtum des globalen Musikgeschehens an einem ebenso multikulturellen Ort zu Gehör zu bringen. Diese Vielfalt wurde im Jahr 2015 vom Bundesministerium für Kultur mit dem Preis für das beste Spielstättenprogramm ausgezeichnet.

Soweit die offizielle Sicht der Dinge, die aber allenfalls errahnen lässt, dass da ein ganz besonderer Mensch seine Finger im Spiel hatte. Denn der Leiter des YAAM, Ortwin Rau, war ein wirklich außergewöhnlicher Charakter – ich empfand ihn immer als einen „gut organisierten Sponti“. Fragte man ihn, ob er seine Halle für eine Filmvorführung über die Kämpfe um Anerkennung von Sans-Papiers, die in Pariser Hotels die Reinigungsarbeiten machten, im Rahmen der interkulturellen Wochen zur Verfügung stellen wolle, schaute er einen begeistert an und sagte schlicht drei Worte: „Machen wir einfach.“

Als die Lampedusa-Gruppe vom Oranienplatz Camp, vertreten durch Bashir Zakaria, 2015 mit Tänzen und Flyern am Karneval der Kulturen



Ortwin Rau

Foto: YAAM

teilnehmen wollte und die Karnevalsführung dies für nicht mehr möglich erklärte, da alle Planungen und Verträge bereits abgeschlossen waren, rief ich Ortwin an, ob er die Lampedusa-Aktivist\*innen nicht hinter seinem Laster vom YAAM auftreten lassen könne. Obwohl ich die drei Worte schon kannte, hat mich seine Antwort diesmal doch überrascht: „Machen wir einfach.“ Denn die Sache war ja nicht ganz so einfach. Und dann bekamen gerade die Geflüchteten die ganze Strecke entlang den größten Beifall!

Es gibt noch viele ähnliche Geschichten, und meistens kommen Ortwins legendäre drei Worte darin vor. Ortwin Rau war ein im besten Sinne eigensinniger, solidarischer Mensch, voller Neugier und mit einer klaren Haltung. Seine Verdienste für das interkulturelle Zusammenleben in unserer Stadt sind schlicht einzigartig und ganz besonders. Ortwin starb überraschend am 7. Juni dieses Jahres. Bestattet wurde er von einer schier unüberschaubaren Zahl von Freund\*innen und Weggefährt\*innen. Wir haben einen ganz wunderbaren Menschen verloren.

■ **Wolfgang Lenk,**  
Bezirksverordneter

## Mobilität der Zukunft

Am Rande der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause haben wir Grüne gefeiert. Denn im Berliner Abgeordnetenhaus wurde das bundesweit erste Mobilitätsgesetz verabschiedet und der Grundstein für die Mobilität der Zukunft gelegt.

Wir arbeiten seit Jahren an der Verkehrswende und das Mobilitätsgesetz ist für uns das wichtigste gesetzgebende Projekt in dieser Legislatur. Aber auch unsere Koalitionspartner\*innen der Radentscheid und viele andere Organisationen haben es vorangetrieben. Es ist ein Projekt der gesamten Stadtgesellschaft und es ist dringend nötig.

Denn die Berliner\*innen leben die Verkehrswende schon lange. Seit Kriegsende wurde hier nur für das Auto geplant, obwohl die meisten zu Fuß, mit Rad, Bus oder Bahn unterwegs sind. Rot-Rot-Grüne Politik orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen. Drei Dinge sind notwendig, um die Verkehrswende wirkungsvoll umzusetzen: Finanzielle Mittel, Personal und die rechtliche Grundlage. Diese Voraussetzungen haben wir jetzt geschaffen: Im Haushalt ist ausreichend Geld eingestellt, das Personal wird seit 2016 von uns aufgestockt – von zwei Stellen für die Planung der Radinfrastruktur, auf jetzt 60 und Ende des Jahres 80 – und nun ist auch das Gesetz verabschiedet. Damit liegt das Fundament für eine Verkehrspolitik, die an alle denkt.

## Sicher und schnell ans Ziel

Erstmals werden der Rad- und Fußverkehr, der öffentliche Nahverkehr und der Wirtschaftsverkehr als Teile eines gemeinsamen Konzepts gedacht, statt in Konkurrenz zueinander. Und der öffentliche Raum wird gerecht verteilt: Fußgänger\*innen, Radler\*innen, Bus und Bahn erhalten ab jetzt den Platz, der ihnen zusteht. Eine klare Verkehrsführung löst Konflikte und schafft Ordnung, wo bislang Chaos herrschte. Rot-Rot-Grün gibt denen Rückenwind, die jahrelang vernachlässigt und ignoriert wurden.

Auf diesem Fundament müssen wir Berlin jetzt so schnell wie möglich

umbauen. Denn die tragischen Unfälle der letzten Wochen haben erneut gezeigt, dass eine falsche Verkehrspolitik Leben kosten kann. Wer Rad fährt oder zu Fuß geht, ist in Berlin einem hohen Risiko ausgesetzt. Besonders gilt dies für ältere Menschen und Kinder. Unsere Aufgabe ist es, das Risiko zu minimieren und die Schwächsten im Verkehr besser zu schützen. Dafür werden wir Kreuzungen, Rad- und Fußwege sicherer und Gehwege barrierefrei machen. Damit jede\*r ohne Angst Rad fahren und über die Straße gehen kann. Und damit die Stadt für alle begehbar wird.

## Platz für die, die ihn wirklich brauchen

Natürlich setzen wir auch auf den ÖPNV. Wir bauen ihn aus und um und machen Tickets und Tarife billiger. Damit alle Menschen mobiler werden – egal ob in Spandau, Kreuzberg oder Königs-Wusterhausen. Zudem vereinfachen wir den Umstieg. Durch ein Ticket und eine App für Bus, Bahn, Car- und Bikesharing, wechselt man in Zukunft einfach und bequem zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln.

Denn mehr Umsteigen, ist mehr Platz auf den Straßen – für die, die ihn wirklich brauchen. Egal ob Rettungs- oder Pflegedienste, Hebammen, Handwerker\*innen oder der Lieferverkehr, sie alle müssen und werden schneller vorankommen.

Das Mobilitätsgesetz ist ein Gewinn für alle! Es ist der Startschuss für eine gerechte, eine gesunde und für eine sichere Verkehrspolitik. Und das ist doch wirklich Grund zum Feiern.

■ **Antje Kapek,**  
Mitglied des Abgeordnetenhauses,  
Fraktionsvorsitzende

# Der FriXfonds: Kohle für die Kunst

**25.000 Euro standen zur Verfügung bei der ersten Vergaberunde des FriXfonds, des neuen Fonds für künstlerische Interventionen im öffentlichen Raum in Friedrichshain-Kreuzberg. 102 Bewerbungen mit einem Förderbedarf von 931.821,94 Euro gab es. Sechs Projekte wurden nun von der unabhängigen Jury ausgewählt.**

Am Anfang stand ein „unmoralisches“ Angebot: 50.000 Euro für die Kunst und Kultur im Bezirk, angeboten von zwei Immobilienunternehmen, welche eines der umstrittensten Bauprojekte in Friedrichshain umgesetzt hatten und nun vermarkten. Typisch Friedrichshain-Kreuzberg wurde das Geld nicht einfach angenommen, sondern es folgte, oder vielmehr, es wurde organisiert: Ein zweijähriger Diskussions- und Beteiligungsprozess, in dem darüber diskutiert wurde, wie mit einem solchen Angebot umgegan-

gen werden kann, soll oder darf. Den Höhepunkt dieses Prozesses bildete im letzten Jahr eine zweiwöchige künstlerische Intervention am Boxi, begleitet von Workshops, öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, einem offenen Forum für theatralische, musikalische, künstlerische Auseinandersetzung und nichtkünstlerische direkte Meinungsäußerungen aus Kiez und Zivilgesellschaft, bei der schließlich die Idee des FriXfonds geboren wurde. Ein Fonds für künstlerische Interventionen im öffentlichen Raum, die sich mit stadt-

politischen Fragen, der Gentrifizierung sowie den Veränderungen im und dem öffentlichen Raum als solchem beschäftigen wollen. Finanziert von Unternehmer\*innen, Investor\*innen und Gewerbetreibenden\*, die hier zeigen könnten, dass sie nicht nur an ihrer eigenen Rendite interessiert sind, sondern bereit sind, sich der künstlerisch kritische Auseinandersetzung mit ihren Geschäftsmodellen und den Folgen ihres wirtschaftlichen Handelns für die Kieze zu stellen. Und dies ohne Einfluss auf die Vergabe der

von ihnen zur Verfügung gestellten Mittel nehmen zu können. Und anders als etwa bei schon existierenden Fördertöpfen sollten es die stadtpolitischen Aktivist\*innen, Initiativen, Künstler\*innen und Kreativen selber sein, die im Rahmen eines selbstorganisierten Aktivitäten-Netzwerkes für den öffentlichen Raum diese Mittel verwalten und die Vergabe organisieren. Um Transparenz und Kontrolle bei der Verwendung zu garantieren, all dies dann unter den Fittichen des Amtes für Kultur und Weiterbildung

des Bezirks, das die Vergabe und Verwendung der Mittel im strengen Rahmen der Vorgaben der Landeshaushaltsordnung überwacht. Die eigentliche Entscheidung darüber, welche Projekte letztlich gefördert werden, wird von einer unabhängigen Jury getroffen, die nun hier zu Wort kommen soll.

■ **Werner Heck,**  
Bezirksverordneter und  
im Beirat des FriXfonds

## Die Jury hat das Wort

**Im ersten Förderquartal des FriXFond hat sich die Jury für eine spartenübergreifende Auswahl von sechs unterschiedlichen Projekten entschieden, die sowohl von einzelnen Künstler\*innen wie auch von Gruppen und Kollektiven eingereicht wurden:**

### Dreiländereck

Mit dem Projekt Dreiländereck wird eine Skulptur auf dem Landwehrkanal realisiert. Damit gehen die Akteur\*innen von Spree:publik und Jonny Knüppel direkt auf Themen ein, zu dessen Sichtbarmachung der FriX-Fond unter anderem gegründet wurde: die Verdrängung von Kunst und Kulturschaffenden und das Verschwinden von nicht profitorientierten Freiräumen aus dem Stadtbild Friedrichshain-Kreuzbergs. Am sogenannten Dreiländereck wird eine Plattform mit einer geodätischen Kuppel errichtet. Ein symbolischer öffentlicher Raum, der wie viele Freiräume in Berlin nur mit einer gewissen Anstrengung erobert werden kann. Mit seiner prominenten Platzierung, Rahmenprogramm, Vernetzung mit der Nachbarschaft und der Floßcommunity, sowie Hinweisen am Ufer laden die Akteur\*innen dazu ein, die Skulptur als Bühne zu nutzen und selber aktiv zu werden.

### Ghost Town

Das besonders nicht profitorientierte Subkulturorte von Verdrängung betroffen sind, zeigt die Zahl der Orte, die in den letzten Jahren aus dem Kiez verschwunden sind. Diese Orte für einen Abend symbolisch zu reaktivieren, eine Plattform für junge Bands zu bieten und dabei einen Dialog über das Verschwinden anzustoßen, möchte das Projekt Ghost Town. Mit einer mobilen Konzertreihe ohne Eintritt im September 2018 kann sich ein Publikum über einen Tag das alte, schon verschwundene Berlin bei fünf Konzerten nacheinander erschließen. An den Orten werden Geschichten von ehemaligen Akteur\*innen mit dem Publikum geteilt und eine Reflexion darüber angeregt, wie solche Orte in Zukunft besser geschützt werden können.



Zukunftsland 2099

Foto: Mikala Hyldig Dal

### SOX

Das SOX ist eines der ältesten Non-Profit-Projekte für zeitgenössische Kunst in Berlin. Seit 1981 können hier in einem Glaskasten auf der Oranienstraße Künstler\*innen niederschwellig und sichtbar für ein breites Publikum ihre Werke ausstellen und in den direkten Dialog mit den Bewohner\*innen Friedrichshain Kreuzbergs treten. Die Irritation des öffentlichen Raums bleibt ein konstantes Ziel. Diese wechselnde Kunst im Schaufenster als unbekannte Variable gegenüber dem Alltag auf der Oranienstraße soll mit Unterstützung durch den FriXfonds fortgeführt werden können.

### Wir lassen uns nicht ans Bein pissen

Auch das Projekt „Wir lassen uns nicht ans Bein pissen“ wird mit Irritation und Konfrontation im öffentlichen Raum als Form der künstlerischen Auseinandersetzung arbeiten. Rück-

sichtslose Wertschöpfung durch Unternehmen setzt sich auch in den Verhaltensweisen von Besucher\*innen gegenüber dem Lebensumfeld anderer fort. Solange konsumiert wird, darf alles benutzt, verschmutzt und zerstört werden – Hauptsache ich habe Spaß. Diese Rücksichtslosigkeit manifestiert sich auch darin, jemand anderem vor den Hauseingang zu pissen. Diese Dominanz Geste als Symbol für das inflationäre Rumgepisse, Rücksichtslosigkeit und Individualitätsverwirklichung auf Kosten aller Anderen wird in Form einer Videoarbeit, die urinierende Penisse in Totale zeigt, nachts auf Brandwände, Mauern, Häuserecken an Orten mit hoher Passant\*innendichte, projiziert.

### Zukunftsland

Ausgehend von einer positiven Utopie wird das Projekt Zukunftsland das Publikum als zentrales Element der künstlerischen Interventionen auf eine Bustour durch Friedrichshain-Kreuzberg einladen. In Form eines Zukunftssichtseing wird ein Blick in (ein mögliches) Jahr 2099 geworfen, in dem prekären Arbeitsbedingungen überwunden sind, genug Arbeitsräume zur Verfügung stehen. Egoistisches Einzelkämpfer\*innentum gehört der Vergangenheit an. Es existiert eine starke Zivilgesellschaft, in der sich Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen gleichgestellt sozial und künstlerisch engagieren. Der Stadtraum ist als kollektives Gesamtkunstwerk erfahrbar und gestaltbar. Kurzum: eine Utopie, die für alle - außer ein paar gierigen Unternehmen - großartig wäre. Angelehnt an eine klassische Sightseeing-Tour wird der Bus an verschiedenen, aktuell durch Gentrifizierung geprägten und von Verdrängung bedrohten Orten Halt machen und neue, unerwartete und visionäre Geschichten zum Leben erwecken. Mit unterschiedlichen performativen Interventionen von mitwirkenden Künstler\*innen über die fünf Bustouren hinaus können neben den Teilnehmer\*innen der Bustour auch Passant\*innen durch eine eigens entwickelte App und Plakate über eine mögliche gemeinsame Zukunft ins Gespräch kommen.

### Wo kochen Küchenlose

Vernetzung und gemeinsame Auseinandersetzung über mögliche positive Veränderungen stößt auch das Projekt „Wo kochen Küchenlose“ an. Gemeinsam mit jungen Menschen im Alter zwischen 8 und 12 Jahren wurde sich bereits in Workshops über das soziale Thema des gemeinsamen Zubereiten und Essen dem Thema Obdachlosigkeit in Berlin angenähert. Küche und Herd sind oft zentraler Ort und sozialer Sammelpunkt einer Wohnung. Sie schaffen Zuhause. Sich selbst versorgen zu können, ist essenzieller Teil des Menschseins. Davon ausgehend kommen Kinder in den Kontakt mit obdachlosen Menschen, die in Berlin keinen Ort haben, an welchem sie sich eigene Mahlzeiten zubereiten können. Eine Modellküche wird gebaut und im öffentlichen Raum durch Performance ein Dialog mit Passant\*innen angeregt.

Die Jury hat sich für diese sechs von unterschiedlichen Sparten und Ansät-

zen her kommenden Projekten auf Grund ihrer stadtpolitischen Relevanz, spannenden künstlerischen Visionen und Schlüssigkeit der Projektideen entschieden. Dabei konnten leider viele tolle Projekte nicht mit in die Förderung aufgenommen werden.

Die Fülle an Projekten, die für diese erste Fördermittelvergabe eingereicht wurden – 102 Projekte mit einem Antragsvolumen von 931.821,94 Euro – weist darauf hin, dass es einen direkten Bedarf für Künstler\*innen nach direkter, von Institutionen unabhängiger Förderung gibt. Jedes einzelne eingereichte Projekt zeigt, dass sich Künstler\*innen sehr aktiv in ihrer Arbeit mit der Bedrohung ihrer Arbeit und ihres Lebensumfelds durch Gentrifizierungsprozesse beschäftigen und kreativ darauf reagieren. Wir hoffen und freuen uns auf die Fortsetzung dieser Förderung im nächsten Quartal!

■ **Sarah Wenzinger**  
für die FriXfonds-Jury

**Bei Fragen, Anregungen oder Kritik: Meldet euch bei uns. Denn gemeinsam sind wir besser.**

[www.gruene-xhain.de](http://www.gruene-xhain.de)

**BÜNDNIS 90**



**DIE GRÜNEN**  
Friedrichshain-Kreuzberg

#### Grünes Büro

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin  
info@gruene-xhain.de  
www.gruene-xhain.de

Fon: 614 3146 – Fax: 614 3142

Kreisgeschäftsführerin: Marion Holzapfel

Bürozeiten:  
Mo 9-12, Di 15-18, Fr 12-15 Uhr

#### Geschäftsführender Ausschuss

Nikolas Becker, Anne Burckhardt-Schön,  
Vasilii Franco, Karl-Heinz Garcia Bergt,  
Theo Ioannidis, Alexandra Neubert,  
Silvia Rothmund Joana Zühlke

#### Treffen der Bezirksgruppe

Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19.00 Uhr in der Falckensteinstraße 6, 10997 Berlin.

#### Fraktion im Bezirksparlament

Yorckstraße 4-11 – 10965  
fraktion-xhain@gruene-berlin.de  
www.gruene-xhain.de/bvv\_fraktion

Fon: 90 298-2590 – Fax: -2930

Fraktionsassistentin: Britta Byszio

Bürozeiten:  
Mo + Di 13-17, Mi 14-18, Do 10-14 Uhr

Fraktionsvorstand:  
Annika Gerold, Sarah Jermutus, Julian Schwarze, Andreas Weeger, Deniz Yildirim

#### Büro Grüne Jugend Berlin

Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin  
info@gruene-jugend-berlin.de  
www.gruene-jugend-berlin.de

Fon: 66 76 30 00 – Fax: 29 35 08 75

Treffen: montags ab 19 Uhr

#### Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses

Niederkirchnerstraße 5 – 10111 Berlin  
E-Mail: Vorname.Nachname@gruene-fraktion-berlin.de  
Fon: 2325 2401 – Fax: 2325 2409

Turgut Altug, direkt gewählt |

Fon: 2325 2430

Marianna Burkert-Eulitz, direkt gewählt |

Fon: 2325 2461

Antje Kapek | Fon: 2325 2401

Katrin Schmidberger, direkt gewählt |

Fon: 2325 2474

Dr. Stefan Taschner | Fon: 2325 2446

Fatoş Topaç | Fon 2325 2427

Daniel Wesener | Fon 2325 2421

#### Wahlkreisbüros

Marianne Burkert-Eulitz, Antje Kapek

und Daniel Wesener | Dein grünes Büro

Wrangelstraße 92 - 10997 Berlin

Di 10-15, Mi und Do 11-16 Uhr

Dr. Turgut Altug, Katrin Schmidberger

und Dr. Stefan Taschner

Großbeerenstraße 16 - 10963 Berlin

Di 9-15, Mi 11-17 und Do 13-19 Uhr

Fon: 2362 9300

#### Unsere Vertretung im Bundestag

Canan Bayram

Direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost

www.bayram-gruene.de

Parlamentsbüro:

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

canan.bayram@bundestag.de

Fon: 22 77 81 44 – Fax: 22 77 01 43

Wahlkreisbüro:

canan.bayram@wk.bundestag.de

Kreuzberg:

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin

Fon: 61 65 69 61

Friedrichshain:

Schreinerstraße 6 – 10247 Berlin

Fon: 46 79 35 30

## Empört Euch?

### Das tun wir schon lange! 14. Folge

#### Im autobiografischen Gespräch zu Gast: Thúy Nonnemann

- am Mittwoch, 19. September 2018, 19 Uhr
- im FHXB, Adalbertstr. 95A, 10999 Berlin
- Moderation: Wolfgang Lenk
- Eintritt frei!

Nach dem Ende des Indochinakriegs 1954 ging Thúy Nonnemann mit ihrer Familie von ihrem geliebten „Dorf der Kokosnüsse“ im Norden Vietnams in den Süden, wo sie als unerwünschte Flüchtlinge galten. Thúy besuchte das französische Gymnasium in Saigon und studierte an der dortigen Universität französische und englische Literatur und Philosophie.

Sieben Jahre lang war sie Stewardess bei Air Vietnam, wohnte aber in Paris. Im heißen Jahr 1968 ging sie nach Berlin. Neben ihrem Beruf war sie ehrenamtlich für die Berliner Ausländerbeauftragte tätig, bis heute engagiert sie sich für die Arbeit mit Gefängnisinsassen, gibt Kurse als Dozentin für interkulturelle Kompetenz und ist neben ihrem Wirken in verschiedenen Beiräten seit 2005 Mitglied der Härtefallkommission des Senats.

Thúy Nonnemann hat die erste Welle einer Willkommenskultur in der Bundesrepublik miterlebt: die Rettung und Aufnahme der vietnamesischen Boat People Mitte der 70er Jahre und dann in den 90ern die schwierige Situation der ehemaligen Vertragsarbeiter\*innen nach dem Ende der DDR. Ihre Lebensgeschichte führt auf vielen Pfaden an historische Knotenpunkte unserer Einwanderungsgesellschaft - an Versäumtes und an Gelingendes.

# Künstlerische Besetzung der Landsberger Allee 54

„Wird Besetzung wieder legal werden in Berlin?“ ist auf einem Zettel am wohl kleinsten, trotz dieser Frage illegalen und damit temporären Ausstellungsraum Berlins zu lesen, einem kleinen, roten Kubus vor den Mauern der ehemaligen Patzenhofer Brauerei in der Landsberger Allee 54.

Es ist eine Besetzung mit Ansage: „Liebe Politiker und politisch Engagierte, vom 28.07.18 bis 08.08.18 werden wir, LA 54, mit der Roten Block Kolonie den Tor-Bereich der Landsberger Allee 54 besetzen“, so heißt es in einem Schreiben an die Kulturstadträtin, den Baustadtrat, die Bezirksbürgermeisterin und den Kulturausschussvorsitzenden des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg. Und auch die Eigentümer\*innen des Geländes sowie die Security, die verhindern soll, dass jemand auf das Gelände und in die seit Jahren dem Verfall preisgegebenen denkmalgeschützten ehemaligen Brauereigebäude nebst Fabrikantenvilla eindringt, wurden informiert.

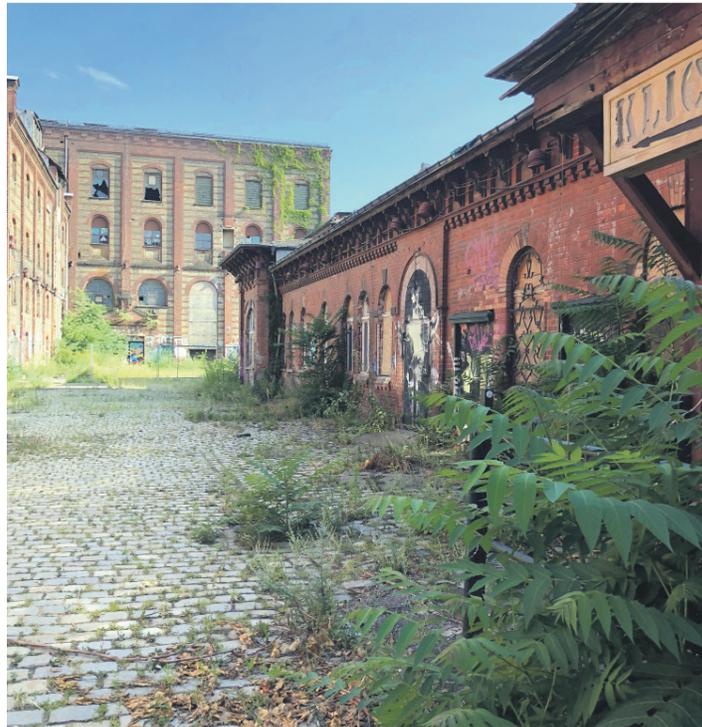
Denn das Künstler\*innenkollektiv L54 will vor allem eines: endlich eine Reaktion und die Umsetzung eines ihnen bereits vor mehr als 6 Jahren gegebenen Versprechens, dass sie als Kollektiv zurückkehren können an den Ort, den sie in den Jahren von 2006 bis 2011 mit kreativem Leben gefüllt hatten. Vor den Toren der zerfallenden Brauereiruine haben sie deshalb die „Rote Block Kolonie“ errichtet, eine Art Protestcamp, bestehend aus 5 Aluminium-Stahl-Kuben, „die mit einem Waschhaus, einem Wartehaus, einem Wohnhaus, einer Galerie und einem Parlament, eine so-

ziale Gemeinschaft abbilden, und für jedermann zur Benutzung“ offen stehen“ sollen. „Die Fazilitäten vor Ort, wie Strom, Computer, Kamera, Drucker, Wasch- und Kochmöglichkeit, die Möglichkeit Kunst zu machen/auszustellen, und natürlich zusammen zu sitzen, zu sprechen, zu essen und zu trinken und im Parlament zu diskutieren und zusammen zu kommen, möchten wir Ihnen hiermit auch zur Verfügung stellen.“

## Gebrochene Versprechen, Fragen ohne Antwort

Wie die Protestierenden berichten und dort auch zu erleben war, wurde dieses Angebot dann von Anwohner\*innen und Passant\*innen lebhaft genutzt. Kuchen wurde vorbeigebracht, Erfahrungen von Verdrängung geteilt, über die zunehmende Herrschaft des Finanzkapitals über die städtischen Lebensräume geschimpft, Erinnerungen ausgetauscht an diesen ehemals sehr lebendigen Ort und gar Fotoalben hervorgesucht und gezeigt, in denen das vielfältige Leben und die Geschichte der alten Brauerei dokumentiert waren.

Im Oktober 2011 wurden die denkmalgeschützten Gebäude der



Landsberger Allee 54, Zustand heute

Foto: wh

Patzenhofer Brauerei aus bau- und brandschutzrechtlichen Gründen dichtgemacht und das 5.500 Quadratmeter große Gelände an der Landsberger Straße 54 gesperrt. Das bedeutete auch das vorläufige Aus für die Künstlerinitiative LA 54. 70 Maler, Musiker und Designer, die sich in den roten Klinkerbauten der Brauerei eingerichtet hatten, verloren ihre künstlerische Heimat. Im März 2012 kaufte schließlich der Immobilien-Investor Achaz von Oertzen das alte Brauereigelände. Geplant waren luxuriöse Eigentumswohnungen und Gewerberäume im gehobenen Preissegment. Und von Oertzen machte auch der Künstlerinitiative wieder Hoffnung: Dem Kunstverein wurde angeboten, das Gebäude zehn Jahre mietfrei zu nutzen und nur für die Betriebskosten aufzukommen. Die Unterzeichnung

eines entsprechenden Vertrages, der von Künstler\*innenkollektiv und Investor unter Schirmherrschaft des Bezirks erarbeitet worden war, wurde dann allerdings immer wieder verschoben. Zum Schluss gab es einen erneuten Besitzerwechsel: zwei russische Immobilienentwickler übernahmen das Gelände, ohne irgendwelche sichtbaren Aktivitäten zu entfalten. In der Folge dann immer wieder Wechsel der Eigentumsverhältnisse, teilweise in Sharedeals. Die einzige äußerlich wahrnehmbare Veränderung: die denkmalgeschützten Gebäude verfielen immer weiter. Die einzige Konstante: Weder auf Nachfragen des geprellten Künstler\*innenkollektivs noch auf Interventionen von Seiten des Bezirks erfolgte irgendeine Reaktion, so dass der Verdacht nahe lag, dass hier wieder einmal das übliche

Spiel gespielt werden sollte: denkmalgeschützte Gebäude so lange verfallen zu lassen, bis einem potentiellen Investor „wirtschaftlich nicht mehr zugemutet werden kann, diese zu erhalten“. Und das Spekulationsobjekt ohne Einschränkung durch Denkmalschutzauflagen gewinnbringend weiterverkauft werden kann.

## Ohnmächtige Politik vor Ort?

Die Bezirksstadträtin für Kultur und Weiterbildung Clara Herrmann, die extra noch vor Ende der Duldung der Kunst- und Protestaktion erschienen war, bekräftigte vor Ort nochmals: „Der Fall zeigt, wie bedroht gerade Künstlerinnen und Künstler durch die Verwandlung von Freiräumen zu Betongold“ seien und wie begrenzt die Möglichkeiten des Bezirks, trotz akuter Raumnott für bildende Künstler\*innen, spekulativen Leerstand und drohendem Verfall wirkungsvoll entgegen zu treten. Der Bezirk wird die Umsetzung der Versprechen an das Künstler\*innenkollektiv anmahnen und diese auch weiterhin im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen. Um einen weiteren spekulativen Verfall der denkmalgeschützten Brauereigebäude Einhalt zu gebieten, wurde die Untere Denkmalschutzbehörde eingeschaltet, die nun eine Begehung und Begutachtung angekündigt hat. Inzwischen ist das Gelände erneut verkauft worden, der neue Eigentümer und Investor hat sich beim Bezirk gemeldet und kundgetan, „dass er die Revitalisierung des Geländes mit überwiegend gewerblichen Nutzungen auf der Grundlage des festgesetzten vorhabenbezogenen Bausungsplans und der Aktualisierung des Durchführungsvertrages“ plane. Was dies für die Künstler\*innen konkret heißen wird, ist noch nicht abzusehen.

■ Werner Heck, Bezirksverordneter

## Autofreier Wrangelkiez

PKW dominieren den öffentlichen Raum und unseren Alltag. Eine Kreuzberger Initiative möchte dies ändern.

Am 28.06.18 wurde im Abgeordnetenhaus das Mobilitätsgesetz verabschiedet. Damit ist die Verkehrslande in Berlin auf dem Papier beschlossen und der Grundstein für die Mobilität der Zukunft gelegt. Das Berliner Straßenbild soll nachhaltig verändert und ein Ende der autogerechten Stadt eingeläutet werden. Jetzt kommt es darauf an, dass aus dem Gesetz sichtbare Veränderungen in der Realität folgen. Im Einklang mit unseren politischen Forderungen und im Sinne dieses Gesetzes unterstützen wir – als Wahlkreisabgeordnete und als grüne BVV-Fraktion – die Initiative „Autofreier Wrangelkiez“. Diese Initiative möchte sich nicht mit den kosmetischen Maßnahmen zur Beruhigung des hohen motorisierten Verkehrsaufkommens im Wrangelkiez zufrieden geben. Ihr Ziel ist, durch Schaffung einer autofreien Zone die Wohn- und Lebensqualität im Wrangelkiez entscheidend zu verbessern.

Der gegenwärtige Zustand im Kiez wird dem verkehrsberuhigten Bereich, als der der Wrangelkiez aktuell ausgewiesen ist, nicht ansatzweise gerecht. Durchgangs-, Liefer- und Anwohnerverkehr blockieren Straßen und Gehwege, gefährden Fußgänger\*innen, Radfahrer\*innen und vor allem Kinder, nehmen Lebensraum und Spielflächen, belasten die Luft und versperren Rettungsfahrzeugen die Zufahrt. Unter der Losung „Urbane Räume für Menschen, nicht für Autos“ möchte die Initiative in einem 3-Phasen-Konzept die Wrangelstraße zwischen Skalitzer Straße und Taborstraße sowie den nördlichen Teil der Taborstraße nur noch für den Lieferverkehr zeitlich begrenzt freigeben und die sechs kreuzenden Seitenstraßen (Lübbener-, Oppelner-, Falckenstein-, Cuvry-, südliche Taborstraße und einen Teil des Heckmannufers) in Fußgängerzonen, sogenannte Kiezwege, umwandeln. Dabei sollen alle Straßen weiterhin für Fahrräder und Roller (<10 km/h) befahrbar bleiben.

Hydraulisch versenkbarer Poller an der Wrangelstraße und der nördlichen Taborstraße sollen die Ein- und Ausfahrt von Lieferverkehr zwischen 9.30 und 12 Uhr in eine Richtung (Einbahnstraße) regeln. Außerhalb dieser

Zeiten bleibt die Zufahrt, wie auch an oben genannten Seitenstraßen, für den motorisierten Verkehr gesperrt. Rettungs- und Einsatzfahrzeuge, Feuerwehr und Polizei können durch die drei Eingänge mit versenkbaren Pollern, sowie mit Sonderschlüsseln an den zentralen Pollern der Querstraßen Zufahrt erhalten.

## Urbane Räume zurückgewinnen

Durch die Einrichtung von Lastenradstationen zum Umladen von Lieferungen, Car- und Bike-Sharing-Stationen, die Ausweitung von Fahrradstellplätzen und Radwegen sollen kiezverträgliche Formen der Mobilität im Wrangelkiez Einzug halten. Freiwerdende Parkflächen werden durch Begrünung, Sitzgelegenheiten, Sandkästen und Spielflächen für Erholung und verbesserten Aufenthalt freigegeben. Weiterführende bauliche Maßnahmen, wie der Rückbau der klassischen Fahrbahnen und Autostellflächen, sollen das autozentrierte Straßenland in mehreren Etappen auflösen und ein neues Kiezgefühl entstehen lassen. Für diejenigen Bewohner\*innen, die dennoch nicht auf ein eigenes Auto verzichten können, soll es in der Görlitzer Straße reservierte Parkflächen für Anwohner\*innenparken geben.

Mithinemumfangreichen und durchdachten Konzept bringt die Initiative „Autofreier Wrangelkiez“ die Grundidee des Berliner Mobilitätsgesetzes mitten in einen Berliner Kiez hinein und erweckt das Papier zum Leben. Wir unterstützen die Ideen der Initiative und möchten alle Interessent\*innen und Anwohner\*innen zu einem öffentlichen Gespräch mit der Initiative über ihre Pläne und dafür notwendige Maßnahmen und Fragen einladen sowie Raum für Diskussion und Fragen aus der Anwohnerschaft geben.

Diese Veranstaltung findet am 13.09.18, 20 Uhr im Familien- und Nachbarschaftszentrum in der Cuvrystraße 13 statt.

■ Marianne Burkert-Eulitz, Mitglied des Abgeordnetenhauses und David Hartmann, Bezirksverordneter

## Von Verdrängung bedroht

„Man braucht doch nur an die Mietgesetzgebung in der Bundesrepublik denken – was ist das anderes als Klassenkampf?“ hat der Dramatiker Heiner Müller einmal gefragt. Nun scheinen die Künstler\*innen und Gewerbetreibende in den beiden Gewerbehöfen in der Muskauer Straße 24, in den er seine letzten Arbeiten verfasste, selbst Opfer dieses Klassenkampfes, der Verdrängung durch Kapital und neoliberales Denken zu werden.

Man sieht sie nicht auf den ersten Blick. Erst wenn mensch von der Muskauer Straße aus durch einen nicht weiter auffälligen Torbogen tritt, gelangt er oder sie in zwei Hinterhöfe, wie sie für Kreuzberg und auch Friedrichshain typisch sind. Was Mensch auch nicht auf den ersten Blick sieht, dass hier Kunst- und Kulturgeschichte geschrieben wurde und immer noch wird. Der Dramatiker Heiner Müller verfasste hier seine letzten Arbeiten. Hier gingen mehrere Generationen von Berliner Künstler\*innen ihrer Arbeit nach. Viele international bekannte Fotograf\*innen machen hier ihre fotografischen Abzüge. Die Social Impact gehört europaweit zu den renommiertesten Agenturen zur Entwicklung sozialer Innovationen. Eine echte Kreuzberger Mischung, die seit über drei Jahrzehnten besteht.

## 300 Prozent mehr Miete

Nachdem der langjährige Besitzer des Gebäudes die Verwaltung desselben nun seinen Söhnen Maximilian und Robert Verowski übertragen hat, wollen diese nun offensichtlich mitverdienen am Boom, wollen „ortsübliche Mieten“ verlangen, sprechen von „wirtschaftlichen Inter-

essen“ und einem „guten Angebot“, nachdem kurzerhand allen Mietparteien gekündigt wurde, um ihnen im gleichen Zug dieselben Räume für 300 Prozent Aufschlag wieder anzubieten. Doch die Künstler\*innen und Gewerbetreibenden sind nicht in der Lage, eine solche Mietpreissteigerung wirtschaftlich zu tragen. Rechtliche Möglichkeiten, sich gegen diese existenzgefährdende Mieterhöhung zu wehren, gibt es nicht.

## Prominente Unterstützung

Deshalb haben sie sich in einem offenen Brief, der von über 150 Kulturschaffenden und Künstler\*innen, - darunter Daniel Barenboim, Corinna Harfouch, Frank Castorf, Wolfgang Tillmanns und Alexander Kluge -, unterschrieben wurde, an die Vermieter gewandt. Und diese aufgefordert, gemeinsam mit ihnen nach einer Lösung zu suchen, die es ihnen ermöglicht die über Jahrzehnte gewachsene Gemeinschaft in den Gewerbehöfen zu erhalten. Doch trotz der prominenten Unterstützung bislang ohne Erfolg. Ein Schicksal, dass viele andere kleine Gewerbetreibende, Künstler\*innen, Kulturschaffende und soziale Einrichtungen nicht nur in Friedrichshain-Kreuzberg zunehmend ereilt, oft ohne

dass es - wie in diesem Falle - größere Öffentlichkeit gibt.

## Hilflose Politik

Weshalb sich der offene Brief explizit auch an die Politik in Bezirk und Land richtet. Und eben nicht nur Unterstützung für den eigenen Kampf ums Bleiben fordert, sondern solidarisch auch für alle die anderen jetzt und zukünftig potentiell Betroffenen. Die Bürgermeisterin hat sich stellvertretend für das Bezirksamt nun ebenfalls an den Vermieter gewandt. Die Bezirksverordnetenversammlung hat eine Resolution verabschiedet. Doch über solche Appelle hinaus ist der Bezirk weitgehend machtlos. Für den Erhalt bestehender vielfältiger Gewerbestrukturen fehlt es an stadtentwicklungspolitischen Instrumenten. Wir brauchen die rechtliche Möglichkeit, Milieuschutz auch für Gewerbe ausweisen und anwenden zu können. Denn zum Schutz bzw. Erhalt der sozialen Zusammensetzung und Vielfalt gehört eine funktionierende soziale Infrastruktur und Grundversorgung. Und diese kann nicht dem Markt überlassen werden. Denn Leben bedeutet eben nicht nur Wohnen.

■ Werner Heck, Bezirksverordneter

# Auf Konfrontationskurs: Neubaupläne am Halleschen Ufer

Die CG Gruppe plant ein neues Quartier rund um das alte Postscheckamt am Halleschen Ufer. Seit Jahren sind die Pläne umstritten. Nach einer einseitigen Planungsänderung scheint die Situation zu eskalieren. Die Grüne Fraktion hat angekündigt, dem Bebauungsplan so nicht zuzustimmen.

„Wenn Sie 250 Millionen Euro haben, dann schmeißen Sie das Geld zum Fenster raus, und dann kommt es zur Tür wieder rein“ – mit dieser Aussage beginnt die WDR-Dokumentation „Ungleichland“. Zu Wort kommt Christoph Gröner, Namensgeber und Vorstandsvorsitzender der CG Gruppe, die als eine der größeren Projektentwickler in Deutschland tätig ist. In Friedrichshain-Kreuzberg stand das Unternehmen zuletzt mit zwei umstrittenen Projekten im Fokus: dem Neubau eines Wohn- und Geschäftskomplexes in der Rigaer Straße in Friedrichshain – dessen Baugenehmigung durch den Senat im Widerspruch zum Bezirk erfolgte und für das eines der ältesten Gebäudekomplexe in Friedrichshain sowie der Kulturort Antje Øklesund weichen mussten – und dem geplanten Neubauquartier rund um das ehemalige Postscheckamt am Halleschen Ufer in Kreuzberg.

## Neue Pläne

Um letzteres gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Kontroversen im Stadtentwicklungsausschuss des Bezirksparlaments. Zuletzt stand Ende Juni das Bauprojekt auf der Tagesordnung. Anlass war eine von der CG Gruppe ins Spiel gebrachte Planungsänderung. Bisher war vorgesehen, dass rund um das Bestandshochhaus gegenüber des U-Bahnhofs Möckernbrücke ein neues Quartier mit rund 700 Wohnungen entstehen sollte, von denen etwa ein Drittel für preiswerten Wohnraum durch die

landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo vorgesehen waren. Der Wohnanteil hätte aufgerundet ca. 70 Prozent der Fläche ausgemacht. Die restlichen Anteile waren hauptsächlich für gewerbliche Nutzungen eingeplant. Laut neuesten Plänen der CG Gruppe sollte der Wohnanteil reduziert und die Flächen für Gewerbe erhöht werden – auf etwa 50 zu 50 Prozent. In der Konsequenz würde durch solch eine Änderung der Anteil an bezahlbaren Wohnraum von über 22.000 Quadratmetern auf ca. 17.000 gesenkt werden.

Der Verlust von rund 5.000 Quadratmetern an bezahlbaren Wohnraum ginge dabei auch zu Lasten des Anteils der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft degewo. Auch würde ein weiteres bisher für Wohnen vorgesehenes Gebäude wegfallen und für Gewerbe genutzt werden. Pikant dabei: genau für diese Gebäude hatte die CG Gruppe zusätzlichen preisgedämpften Wohnraum versprochen. Im Ausschuss und im Bezirksparlament sorgten die einseitig von der CG Gruppe vorgesehenen Änderungen für großes Unverständnis und die

Grüne Fraktion kündigte an, diese abzulehnen.

Bereits die vorherige Aufteilung war ein mühsam ausgehandelter Kompromiss, auf den sich die Fraktionen im Bezirksparlament nach langem Hin und Her nur eingelassen hatten, um die nächsten Schritte und öffentlichen Beteiligungsverfahren im laufenden Bebauungsplanverfahren starten zu können. Neben Linke und SPD hat auch die Grüne Fraktion diesem Verfahren zunächst zugestimmt, aber immer wieder deutlich ihr Missfallen über Teile des Projekts zum Ausdruck gebracht. Insbesondere das geplante hochpreisige Wohnen auf Zeit im Hochhaus wurde kritisiert, es geht am Bedarf im Kiez vorbei.

## Weniger sozialer Wohnraum

Als Gründe für die einseitige Planungsänderung nannte die CG Gruppe auch die frühzeitige Bürgerbeteiligung, die bei den Immobilienentwicklern für ein Umdenken gesorgt hätten. Das wurde vom Baustadtrat Florian Schmidt (Grüne) entschieden zurückgewiesen. Die Auswertung hätte mitnichten ergeben, dass ein geringerer Wohnanteil gefordert würde. In der Sitzung des Stadtplanungsausschusses wurden stattdessen auch Vermutungen laut, mit Büroflächen würde sich wieder einfacher mehr Geld verdienen lassen und so wären die eigentlichen Beweggründe der einseitigen Planungsänderung durch die CG Gruppe Profitinteressen. Eine weitere Folge der Änderung wäre auch, dass die geplante neue Kita auf

dem Gelände kleiner wäre – was ebenso kritisiert wurde.

## Vorwand Bürgerbeteiligung

Ob und wie es mit dem Bauvorhaben am Halleschen Ufer weitergeht, ist derzeit unklar. Stadtrat Schmidt hat Ende Juni im Bezirksparlament deutlich gesagt, dass eine Fortführung des Bebauungsplanverfahrens nur auf Grundlage des alten Kompromisses mit hohem Wohnanteil – insbesondere im bezahlbaren Bereich durch die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo – geben kann. Die Grüne Fraktion hat dazu erklärt, dass sie der von der CG Gruppe vorgesehenen Planungsänderungen nicht zustimmen wird. Um am Ende aber bauen zu können, ist die Zustimmung des Bezirksparlaments zwingend nötig – außer der Senat und die Stadtentwicklungssenatorin Lompscher (Linke) zieht das Verfahren an sich und entscheidet eigenständig. Derzeit sieht es aber eher nach einer Fortsetzung des Konflikts zwischen Stadtrat und Bezirksparlament auf der einen und der CG Gruppe auf der anderen Seite aus. „Immobilien sind mehr als nur Produkte – mit ihnen verbindet sich eine Weltanschauung“ – so lässt sich Gröner auf der eigenen Firmenwebseite zitieren. Im Fall des Halleschen Ufers scheinen zwei Anschauungen aufeinander zu prallen – Ausgang offen.

■ Julian Schwarze,  
Bezirksverordneter



Das Postscheckamt am Halleschen Ufer

Foto: ha

## Quartiersmanagement in Xhain

Im Jahr 1999 wurde das Berliner Quartiersmanagement (QM) zur Umsetzung des bundesweiten Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ ins Leben gerufen.

Obwohl es immer wieder auch Kritik an einzelnen Stellen und an manchen Maßnahmen gibt, hat es sich in unserem Bezirk inzwischen überwiegend bewährt. Sechs Quartiersmanagementgebiete (Wrangelkiez, Mariannenplatz, Werner-Düttmann-Siedlung, Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße, Wassertorplatz und Mehringplatz) wurden bisher hier ausgewiesen. Mit ihnen soll das lokale Lebensumfeld und der soziale Zusammenhalt der Bewohner\*innen verbessert sowie Folgen gesellschaftlicher Benachteiligung abgemildert bzw. kompensiert werden.

### Aufgebaute Strukturen verfestigen

Ein integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept bildet die Basis für Beteiligung und Projekte. Bestehende Aktivitäten und Initiativen werden gebündelt. Die Bewohner\*innen partizipieren u.a. über Quartiersräte bzw. QM-Teams. Diese wiederum wirken als Multiplikatoren in den Bezirk hinein. Mit zusätzlichen Mitteln für die Quartiere werden Angebote vor Ort und Hilfe zur Selbsthilfe finanziert. Kleinere Aktionen werden durch den sogenannten Aktionsfonds ermöglicht. In den zentralen Handlungsfeldern Bildung, Arbeit, öffentlicher Raum sowie Nachbarschaft und Beteiligung entstehen damit neue Projekte, während bestehende weiter gefördert werden. Bezirk und Senatsverwaltung unterstützen durch Gebietskoordinator\*innen vor Ort. Und auch Vermieter\*innen werden in diese Gemeinschaft einbezogen und stellen z. B. Infrastruktur, wie Räumlichkeiten, zur Verfügung.

Das Programm „Soziale Stadt“ ist eine zeitlich begrenzte Interven-

tionsstrategie. Aber die Erfolge des Quartiersmanagements sollen auch über die Förderzeit hinaus gesichert werden. So endete im Dezember 2015 nach 16 Jahren das Quartiersmanagement „Wrangelkiez“. Dem voraus gegangen war eine zwei-jährige Übergangsphase. Um einen systematischen Übergang zu gewährleisten, entwickelt das Quartiersmanagement-Team seit 2011 eine aufwändige Verstetigungsstrategie, um aufgebaute Strukturen weiter zu festigen. So wurden zum Beispiel das Familien- und Nachbarschaftszentrum als Anlaufstelle und Netzwerkknäuel, die Bildungsinitiative „Wrangelkiez macht Schule“ sowie die Stadtteilkommunikation weiter gestärkt. Damit wurde der Wrangelkiez zum Vorreiter für das Berliner Quartiersmanagement-Verfahren.

### QM „Mariannenplatz“ und „Werner-Düttmann-Siedlung“

Inzwischen liegt ein vom Senat beauftragtes Gutachten zur Verstetigungsreife für weitere QM-Gebiete vor, darunter auch für das QM „Mariannenplatz“ und das QM „Werner-Düttmann-Siedlung“. Hiernach ist für beide Gebiete die Überleitung in die Verstetigung möglich, sodass diese Ende 2020 aus der Sonderförderung entlassen werden. Was dies für die beiden Quartiere im Einzelnen bedeutet, welche Maßnahmen bis zum Ende des Programms durchzuführen sind und inwieweit der Bezirk hier unterstützen muss, möchten die grünen Bezirksverordneten in Gesprächen mit den Quartiers-Teams erfahren. Im Herbst wird es deshalb ein Treffen mit den Akteur\*innen geben. Für das QM „Mariannenplatz“ ist die Ausweitung und Verstetigung des

meinwesennetzwerks ZKO (Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße) auf die Akteur\*innen des Mariannenplatzes im Gespräch. Die Finanzierung sowie die Verlängerung des Vertrages für das Stadtteilzentrum „Familiengarten“, welches Räumlichkeiten für zukünftige Bewohner\*innenrunden zur Verfügung stellen könnte, muss geklärt werden. Für das QM-Gebiet „Werner-Düttmann-Siedlung“ weist das Gutachten die Verstetigung der Projekte Elhana Lernpatennetzwerk und die Erhaltung der Personalstelle im „Dütti-Treff“ aus. Zu klären ist unter anderem auch die Fortführung des Bildungsnetzwerks.

### Gute Aussichten

Nach erfolgreichem Abschluss des Quartiersmanagements „Wrangelkiez“ stehen die Chancen nicht schlecht, dass die Verstetigung der Projekte „Mariannenplatz“ und „Werner-Düttmann-Siedlung“ ebenfalls erreicht werden kann. Auch wenn jedes Gebiet natürlich seine eigenen Bedingungen und Erfordernisse aufweist. Mit Blick auf die gelungenen Projekte, wie das Bildungsnetzwerk oder die „Berufsorientierung im Kiez“ im Quartier Mariannenplatz und das Lernpaten-Netzwerk für Grundschulkinder sowie den Nachbarschaftsverein Bildungsbaum e.V. im Quartier „Werner-Düttmann-Siedlung“, hat Friedrichshain-Kreuzberg jedoch bereits jetzt deutlich vom Konzept der Quartiersmanagements profitiert.

■ Claudia Schulte  
und Andreas Weeger,  
Bezirksverordnete

## Im Dialogverfahren

Seit Anfang des Jahres läuft das Dialogverfahren zur Entwicklung des 71.000 m<sup>2</sup> großen RAW-Geländes im Süden Friedrichshains.

Die jüngste öffentliche Dialogwerkstatt fand am 10. Juli im Sälchen auf dem Holzmarktgelände statt. Etwa 150 Menschen nahmen teil und teilten ihre bisherigen Ergebnisse des Verfahrens mit und ihre Meinung zur Debatte beisteuerten. Abwechselnd kamen Anwohner\*innen, Nutzer\*innen, politische Vertreter\*innen und Eigentümer\*innen zu Wort. Teilweise ziemlich kontrovers wurde diskutiert, wie viel Bebauung an welcher Stelle möglich ist, welche Bestandsgebäude erhalten werden sollen, welche Gebäude einer anderen Bebauung weichen können und vor allem auch, welchen Mehrwert das Gelände in Zukunft für Berlin und die Nachbarschaft haben soll.

Alle anwesenden politischen Parteien betonten noch einmal die zentrale Bedeutung des Erhalts der gewachsenen sozio-kulturellen Nutzungen, die auch sonst niemand in Saal in Frage stellte. Ungefähr 80 Vereine und zahllosen Künstler\*innen machen mit ihrer Kultur-, Sport- und Jugendarbeit jenen Teil der Seele des Geländes aus, der über den verfallenden Industriecharme hinaus geht. Um dieses Ziel zu erreichen, werden noch harte Verhandlungen zu führen sein. Mit den diesen Teil des Geländes besitzenden Eigentümern, der Kurth-Gruppe, zeichnen sich jedoch Kompromissmöglichkeiten ab. Ein solcher Kompromiss wird bedeuten, dass sich der Charakter des RAW-Geländes verändert. Nur wenn die Eigentümer ihre Chancen auf Profit an anderer Stelle verwirklicht sehen, werden sie zustimmen, die relativ große Gebietskulisse innerhalb derer sich die sozio-kulturelle Nutzung konzentriert, weiterhin sehr preiswert zu vermieten. Sollte kein Kompromiss möglich sein und es damit zu keiner Nachverdichtung kommen, werden die Eigentümer die jetzt schon bewirtschaftbaren Flächen zu viel höheren Mieten vermarkten. Das würde das

Ende der unkommerziellen Sozio-Kultur auf dem Gelände bedeuten.

Weitgehende Einigkeit besteht darüber, dass es auf dem Gelände freie Flächen und Plätze mit hoher Aufenthaltsqualität geben soll. Gestritten wird noch über die Größenordnungen, den Grünanteil (die BVV fordert einen hohen Grünanteil) und den Grad der öffentlichen Nutzbarkeit. Einige der Flächen sollen sich auf Sockelgebäuden befinden. Andere Flächen, besonders im östlichen Teil der Münchener International Campus Gruppe, werden in den Darstellungen der Eigentümer als gepflasterte Einöden präsentiert. Auch hier muss noch viel diskutiert werden. Wobei man feststellen muss, dass bei den Eigentümern International Campus sowie Mast und Tränke bisher nicht zu erkennen ist, warum die BVV einem veränderten Bebauungsplan zustimmen sollte, der diesen eine dichtere Bebauung erlaubt als im Bestand.

Am Ende wird es für die BVV darauf ankommen zu beurteilen, ob die Einigung unter Berücksichtigung aller Interessen tragbar ist... oder eben nicht. Im Bereich der Kurth-Gruppe kann gesagt werden, dass man sich auf einem Weg in die richtige Richtung befindet. Im östlichen Teilbereich Richtung Modersohn-Brücke ist es dagegen noch unklar, welchen Mehrwert die Allgemeinheit von einer dichteren Bebauung haben sollte, die von den gewählten Vertreter\*innen der Allgemeinheit in der BVV beschlossen werden müsste. In jedem Fall bleibt es spannend. Nach einer Überarbeitungsphase mit weiteren, intensivierten Aushandlungsprozessen für Lösungen von Grün- und Aufenthaltsflächen sowie den Erhalt der Sozio-Kultur, wird das Verfahren im November weitergehen.

■ Andreas Weeger,  
Bezirksverordneter

# Die Stadtgesellschaft erhebt sich

**Über fünftausend Mal pro Jahr gehen die Berliner\*innen demonstrieren. Das sind im Schnitt ca. 13 angemeldete Versammlungen und Aufzüge pro Tag. Allein diese Zahlen beeindrucken, doch es scheint, als würde sich die Berliner Gesellschaft schon im ersten Halbjahr 2018 außergewöhnlich protestfreudig zeigen.**

So waren wir bereits gegen rassistische „Frauenmärsche“ und den Mietenwahnsinn auf der Straße, haben die AfD weggebasst, für die Abschaffung von §219a und ein neues Europa demonstriert, sichere Seebrücken und die Abhorstung gefordert und uns für den Ausstieg aus der Kohle stark gemacht. Hinzu kamen die Demos, die regelmäßig im Kalender auftauchen, wie der internationale Frauen\*kampftag oder die „Wir haben es satt“-Bewegung.

Und auch wenn sich die Anzahl an Demos pro Tag in Berlin vielleicht gar nicht so signifikant erhöht hat, bleibt doch der subjektiv empfundene Eindruck: Da geht was.

Die Teilnehmer\*innenzahlen an der Mietenwahnsinn-Demo im April und das breit zusammengeschlossene Bündnis gegen den AfD-Aufmarsch im Mai illustrieren dies insbesondere. Hinzukommt, dass sich diese neue Bewegungsdynamik natürlich nicht auf Berlin beschränkt: Die Seebrückedemos bspw. finden in großer Zahl in der ganzen Republik statt.

## Da geht was: Wir leben in einer Bewegungsgesellschaft

Woran liegt das? Sicherlich gibt es verschiedene richtige Erklärungsansätze – einer davon mag sein, dass

gerade die Ziele der „alten“ sozialen Bewegungen, wie die Umwelt-, Friedens- oder Frauen\*bewegung, durch den massiven Rechtsruck und Backlash bedroht sind. Umso wichtiger erscheint es für uns Grüne, mit Blick auf unsere Wurzeln im Jubiläumsjahr der 68er Bewegung, eine geeignete Art und Weise zu finden, das Erstarren der protestorientierten Zivilgesellschaft zu unterstützen. Wir leben in einer Bewegungsgesellschaft: Soziale Bewegungen sind ein Teil des politischen Systems, auch wenn sie nicht institutionalisiert sind. Genauso sind sie aber auch ein Teil der Gesellschaft, gehen aus ihr hervor, sind in sie eingebettet und werden Orte für die

Artikulation von Interessen und Forderungen, die anders vielleicht kein Gehör finden. Von sozialen Bewegungen können wir lernen. Sie sind durch ihre meist flach organisierten Strukturen und ihren informellen Charakter quasi Experimentierfelder für Demokratie-Innovationen. Durch ihren Widerspruch erschaffen sie einen Denk-Raum für die grundsätzliche Existenz politischer Alternativen und können so zum Motor für reale Implikationen werden.

## „Ich bin so wütend, ich hab' sogar ein Schild gebastelt“

Der Modus der Empörung kann jedoch auch in die andere Richtung abdriften und demokratiefeindlich wirken. Auch der AfD-Flügel um Bernd Höcke stellt sich gerne als „Bewegungspartei“ dar, doch entwickelt sie sich in Widersprüche. Die vermeintliche Bewegung wird von oben nach unten diktiert, es existiert ein undurchsichtiges Netzwerk an Fi-

nanciers und Unterstützer\*innen, das Reaktionen dominiert.

Und genau hier ist es unsere Aufgabe, Gegendiskurse zu etablieren, mit unseren bunten Demonstrationen andere Bilder und Narrative zu erzeugen, visionär zu sein für eine offene und solidarische Gesellschaft und dies natürlich nach Möglichkeit auch politisch umzusetzen. Die vielen Demos, die wir momentan beobachten, sind vielleicht die ersten Mosaiksteinchen für eine neue, progressive soziale Bewegung – die wir in diesen Tagen doch so dringend brauchen. Als grün-linker Kreisverband haben wir die Aufgabe, hier genau hinzuhören, in die Initiativen zu gehen, zu unterstützen und Bündnisse zu schmieden. Wir dürfen nicht verlernen, uns gemeinsam mit der Zivilgesellschaft politisch wirksam zu artikulieren. Lasst uns die entstandene Dynamik nutzen! Also, Schild basteln und rauf auf die Straße!

■ Silvia Rothmund,  
Geschäftsführender Ausschuss

## Support your local Dyke\*!

**Was tun für mehr lesbische Sichtbarkeit(en)? Support your local Dyke\* - unter diesem Titel fand im Juli eine sehr gut besuchte Veranstaltung der beiden queerpolitischen Sprecher\*innen der grünen Abgeordnetenhaus-Fraktion Anja Kofbinger und Sebastian Walter in Kreuzberg statt.**

Der Anlass: Auch in der LSBTTIQ-Community sind Sichtbarkeit und öffentliche Wahrnehmung unterschiedlich verteilt. Noch viel zu oft ist von der „Schwulenparade“ die Rede, wenn's um den CSD geht. An vielen Stellen gibt es derzeit Auseinandersetzungen. Dabei nimmt mehr Sichtbarkeit für eine Gruppe keiner anderen etwas weg – im Gegenteil. Davon profitieren alle.

### Baustellen und Initiativen ...

Die Verdrängung sozialer Projekte, das Verschwinden lesbischer\* Kultur und ihrer Orte, die Auseinandersetzung von Schwulenberatung und der Lesbeninitiative RuT Rad und Tat um ein jeweils angestrebtes, dringend notwendiges Wohnprojekt in Schöneberg. Der Kampf um die Anerkennung auch lesbischer\* Opfer des Nationalsozialismus und nicht zuletzt auch der Vorwurf, mit dem ersten Berliner Preis für Lesbische\*Sichtbarkeit würde ein „Zielgruppenranking“ betrieben und die einzelnen Farben des Regenbogens gegeneinander ausgespielt – derzeit gibt es viele Baustellen, an denen um lesbische Sichtbarkeit(en) gerungen wird.

Auf Initiative der Bündnisgrünen hat die rot-rot-Koalition vereinbart,

dass sie „dafür sorgen wird, dass lesbische Projekte nicht im Hintergrund bleiben und lesbische Sichtbarkeit erhöhen wird“. In der Folge wurde von Dirk Behrendt, Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung zum ersten Mal der Preis für Lesbische\* Sichtbarkeit verliehen, der fortan alle zwei Jahre verliehen wird. Dieser soll Debatten anregen, den Austausch und das Miteinander fördern und staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen zusammenbringen, um so die Sichtbarkeit von Lesben\* und lesbischem\* Leben fördern und anerkennen.

### ... auf Landesebene

Mit dem Preisgeld von 3.000 Euro wurden in diesem Jahr drei ganz unterschiedliche Frauen ausgezeichnet, die sich auf ihre Weise um die lesbische Sichtbarkeit verdient gemacht haben: Die Pädagogin und erste Gleichstellungsbeauftragte im im Referat für Gleichgeschlechtliche Lebensweisen Dr. Ilse Kokula, die DJ, Produzentin und Autorin İpek İpekçioğlu (DJ İpek) und die Sängerin und Kabarettistin Sigrud Grajek.

Auch der Bezirk sorgt für mehr lesbische\* Sichtbarkeit. So hat die BVV

in der letzten Legislaturperiode beschlossen, eine Straße dezidiert nach einer LSBTTIQ-Person zu benennen. Derzeit arbeiten wir als Grüne Fraktion daran, dass es nicht bei einer bleibt. In Friedrichshain wird eine Straße an die „kämpferische Humanistin“ Freia Eisner (1907-1989) erinnern, in Kreuzberg soll unweit des Rathauses ein Platz nach der Anwältin und ersten offen lesbischen Politikerin Anne Klein (1950-2011) benannt werden. Mit einer noch auszuwählende Straße oder einem Platz soll die Schriftstellerin und Aktivistin („black lesbian feminist mother poet warrior“) Audre Lorde (1934-1992) gewürdigt werden.

### ... und im Bezirk

Letzte Woche haben Lesbische, bisexuelle und queere Frauen ihre Sichtbarkeit übrigens beim 6. Dyke\* March, der auch dieses Jahr wieder durch den Bezirk verlief demonstriert. Laut, sichtbar, bunt und vielfältig demonstrierten mehrere Tausend Frauen\* für mehr lesbische Sichtbarkeit und Lebensfreude.

■ Pascal Striebel und Annika Gerold,  
Bezirksverordnete

## Auf dem Trockenen

**Kein Schwimmbad mehr für die Bewohner\*innen von Friedrichshain-Kreuzberg, Schüler\*innen auf Bustour geschickt und Schwimmvereine vor dem Aus. Ein leider nicht unrealistisches Szenario.**

Eigentlich undenkbar, dass eine Großstadt ihren fast 300.000 Einwohner\*innen und insbesondere den Schüler\*innen und den in Vereinen organisierten Wassersportler\*innen keine Möglichkeit bietet, sich mal ins Wasser zu stürzen, in Ruhe ihre Bahnen im kühlen Nass zu ziehen oder sich schwimmsportlich zu betätigen. Selbst in kleineren Städten gilt das städtische Hallenbad als Standard und Maßstab für Lebensqualität und das Funktionieren kommunaler Fürsorge. Nun ist der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zwar keine eigenständige Kommune, aber seinen Bewohner\*innen droht mit der Schließung und dem Neubau des Schwimmbades Holzmarktstraße zum 31. Dezember 2018 und der anstehenden Renovierung des Spreewaldbades ab September 2019 eine Situation, die für jede noch so kleine Gemeinde einer öffentlichen Bankrotterklärung gleichkäme: Den Einwohner\*innen des Bezirks stände kein einziges Hallenbad mehr zur Verfügung. Was durch den jetzt schon bestehenden Mangel an städtischen Schwimmangeboten bislang einem Teil der Schüler\*innen unseres Bezirks zugemutet wird, würde nun alle Schüler\*innen betreffen. Nämlich dass sie per Bus zu weiter entfernten Hallenbädern anderer Bezirke gefahren werden müssten, wenn es nicht gar zu Schwimmunterrichtsausfall kommen wird, da auch die Bäder in den benachbarten Bezirken nicht in unbegrenzter Zahl zur Verfügung stehen und teilweise bereits jetzt an ihren Kapazitätsgrenzen stehen. Und für manchen Schwimmsportverein in unserem Bezirk könnte es das endgültige Aus bedeuten, wenn sie ihren Mitgliedern\* über mehrere Jahre hinweg keine oder zumindest nur sehr eingeschränkte Trainingsmöglichkeiten anbieten können, die zudem

noch weit außerhalb des Wohnumfelds liegen.

### Gemeinsames Handeln ist gefragt

Auf dieses Szenario haben nun fast alle in der BVV vertretenen Fraktionen mit einem gemeinsamen Antrag reagiert. Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, SPD, CDU und FDP fordern darin Senat und Berliner Bäderbetriebe auf, die Planungen für den Neubau des Bades in der Holzmarktstraße und die Renovierung des Spreewaldbades dahingehend zu überarbeiten, dass der gleichzeitige Ausfall beider Schwimmbäder möglichst vermieden wird. Des Weiteren soll geprüft werden, ob in zumindest einem Becken im Sommerbad Kreuzberg (Prinzenbad) mittels einer temporären Traglufthallenkonstruktion ein Betrieb über die sommerlichen Badezeiten hinaus ermöglicht werden kann. Und vor allem soll das nach der Insolvenz des TSB/Wasserratten e.V. geschlossene und renovierungsbedürftige denkmalgeschützte Baerwaldbad wieder von den Berliner Bäderbetrieben übernommen, instandgesetzt und dauerhaft betrieben werden.

Damit würde nicht nur dem chronisch unterversorgten Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg endlich ein weiteres Schwimmangebot zur Verfügung stehen, sondern auch eine wirkliche Perle unter den Berliner Bädern endlich wiedererweckt und ein deutliches Zeichen gesetzt, dass das Land Berlin und die Berliner Bäderbetriebe sich ihrer Pflicht stellen, im Rahmen der Daseinsvorsorge für ausreichende Sportmöglichkeiten zu sorgen.

■ Werner Heck,  
Bezirksverordneter

## Eine unendliche Geschichte

**Das Baerwaldbad. Eine Geschichte vom Rückzug der öffentlichen Hand aus der Daseinsfürsorge und die Folgen.**

Im Jahr 2002 wurde auf Grund von strukturellen Maßnahmen und einer Haushaltskonsolidierung die Betriebspflicht für das Baerwaldbad durch die Berliner Bäderbetriebe beendet. Das Baerwaldbad hat im Bezirk Kreuzberg eine jahrelange Tradition und deshalb wollten die Schwimmsportvereine und insbesondere der TSB den Wegfall des Baerwaldbades nicht hinnehmen und gründeten die Initiative zur Rettung des Baerwaldbades. Ab Oktober 2002 konnten Schwimmsportvereine, Schulen und die Bürger\*innen wieder im Baerwaldbad schwimmen gehen. In den darauffolgenden Jahren wird das Baerwaldbad unter Aspekten des Denkmalschutzes umfassend saniert und in der oberen Etage entstanden Sporträume, die verschiedenen Gruppen zur Verfügung gestellt wurden.

Das Baerwaldbad stand dann in erster Linie den Grundschulen des Bezirks, den Sportvereinen und der Öffentlichkeit zur Verfügung. Der Pachtvertrag zwischen dem TSB und dem Bezirksamt existierte von 2003-2012. Der Betreiber erhielt von den Berliner Bäderbetrieben eine finanzielle Unterstützung. Es gab immer wie-

der Diskussionen mit den Berliner Bäderbetrieben über ihre Unterstützung des Baerwaldbades und Streitereien zwischen Nutzergruppen und dem TSB waren an der Tagesordnung.

Im September 2011 wurde zwischen dem Bezirksamt und dem TSB ein Erbbaupachtvertrag abgeschlossen, obwohl kein ausreichendes Finanzierungskonzept des Vereins vorlag. Als erneut die Berliner Bäderbetriebe ihre Unterstützung für das Baerwaldbad aufkündigen wollten, wurde zugunsten des Baerwaldbades das Schul- und Vereinsschwimmen in die Holzmarktstr. verlagert. Das geschah unter der Federführung des damaligen Sportstadtrats der SPD. Doch schon damals hätten sich die Verantwortlichen die Frage stellen müssen, ob es nicht letztlich unverantwortlich von Land und Bezirk war, die Last der Finanzierung des Betriebes des Baerwaldbades, welches der Bezirk nicht stemmen konnte und das Land in seinem Ausbluten der öffentlichen Infrastruktur im Dienste des „Sparens bis es quietscht“ nicht leisten wollte, auf einen kleinen, privaten Schwimmverein abzuwälzen.

Und ein Scheitern sehenden Auges in Kauf zu nehmen, selbst wenn es bis dahin vielleicht einige Jahre dauern würde. Der Höhepunkt dieser Geschichte der Überforderung beim Betreiben des Baerwaldbades waren die Beschwerden von Nutzer\*innen über die hygienischen Zustände im Baerwaldbad, worauf das Gesundheitsamt die Schließung des Bades anordneten. In der Zwischenzeit gab es eine Fusion des TSB mit dem Verein Wasserratten e.V.. Doch auch nach dieser Fusion waren die Vereine in den Folgemonaten nicht in der Lage, die Hygienemängel in dem Umfang zu beseitigen und damit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Baerwaldbad wieder der Bevölkerung zur Verfügung steht. Im Gegenteil. Der neu gewählte Vorstand musste feststellen, dass nur noch die Anmeldung der Insolvenz blieb.

Seit dem ist das Baerwaldbad geschlossen und seine Zukunft ungewiss. Vielleicht ja nun nicht mehr.

■ Jutta Schmidt Stanojevic,  
Bezirksverordnete



Es war einmal ... das Baerwaldbad 1901-2018

Foto: ha

# Ein Exilmuseum am Anhalter Bahnhof

**Flucht, Emigration, Exil: Themen, die aktueller sind denn je – und gleichzeitig ein wichtiger Teil der jüngeren deutschen Geschichte. Hunderttausende Menschen mussten sich ihrer Verfolgung im Nationalsozialismus durch Auswanderung entziehen. Eine Initiative will an sie erinnern – mit einem Exilmuseum am Anhalter Bahnhof.**

Was haben Marlene Dietrich, Bert Brecht und Max Horkheimer gemeinsam? Sie alle waren Geflüchtete, die in der Zeit des Nationalsozialismus emigrieren mussten. Zwischen 1933 und 1945 verließen eine halbe Millionen Menschen das Deutsche Reich, um sich vor dem Nazi-Terror ins Exil zu retten. Darunter waren viele Menschen jüdischer Abstammung, aber auch Personen, die allein aufgrund ihrer politischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Betätigung vom Hitler-Regime verfolgt wurden.

Schon lange steht die Idee im Raum, die Geschichte des deutschen Exils im Nationalsozialismus an einem Ort in Berlin zu erzählen. Denn die spielt trotz diverser Einzelausstellungen und wissenschaftlicher Forschungsprojekte im kollektiven Gedächtnis bislang eine eher untergeordnete Rolle. Dabei war und ist diese Exilgeschichte weit mehr als die Summe tragischer Einzelbiographien. Die Lücke, die der Nationalsozialismus durch die Zwangsemigration etwa in die deutschen Kultur- und Wissenschaftslandschaft gerissen hat, konnte zum Teil nie wieder geschlossen werden. Umgekehrt haben die Emigrant\*innen auch in den Aufnahmelandern Spuren hinterlassen: Etwa Billy Wilder mit seinem Hollywood-Kino, oder Walter Gropius, mit dem das Bauhaus auch zu einer globalen Architektur-Bewegung wurde. Die Nachkommen der Exilant\*innen von damals und die Nachwirkungen des gewaltsam herbeigeführten Kulturtransfers sind heute in New York und Tel Aviv genauso wie in Shanghai und La Paz anzutreffen.

## Die Spur führt nach Kreuzberg

Eine Spur der deutschen Exilgeschichte führt auch nach Kreuzberg,



Der Anhalter Bahnhof

Foto: ck

an den Anhalter Bahnhof. Wovon heute nur noch der Portikus als Ruine übrig geblieben ist, das war bis zu seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg der größte Personenbahnhof Berlins. Seit 2008 erinnert eine Stele an der Stresemannstraße daran, dass von hier aus tausende jüdische Berliner\*innen deportiert worden sind, überwiegend in das Konzentrationslager Theresienstadt. Weitgehend unbekannt ist, dass von hier aus auch viele Exilant\*innen ihre Reise ins Ungeheure antraten.

Aus Sicht der Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller und des Kunsthändlers Bernd Schultz ist der Anhalter Bahnhof deshalb der perfekte

Ort für ihr Vorhaben: die Gründung eines Exilmuseums. Seit Jahren verfolgen sie und ihre Mitstreiter\*innen die Idee, mit den Erlösen aus Schultz' eigener Kunstsammlung der Erinnerung an die deutschen Exilgeschichte einen dauerhaften Platz in Berlins Museumslandschaft zu sichern. Die Stiftung Exilmuseum (in Gründung) möchte dafür auf der schmalen Brachfläche zwischen Denkmalruine und Sportplatz einen Museumsbau errichten. Der Fokus der zukünftigen Ausstellung soll auf der deutschen Zwangsemigration im Nationalsozialismus liegen und anhand persönlicher Schicksale die historischen Hintergründe und Zusammenhänge

ausleuchten. „Erziehung zur Anteilnahme“, nennt Schirmherrin Müller die Intention hinter dem Projekt – und schlägt dabei ganz bewusst eine Brücke in die Gegenwart.

Die Faszination, die von der Idee eines Exilmuseums ausgeht, ist eine doppelte: Hier bietet sich die Chance, an die deutsche Geschichte von Flucht, Exil und Diaspora nach 1933 zu erinnern und sie gleichzeitig als Teil einer globalen Migrationsgeschichte zu erzählen. Und die ist in einer Zeit, in der weltweit 65 Millionen Menschen auf der Flucht sind, aktueller denn je.

Offene Fragen gibt es aber auch noch mit Blick auf das Projekt Exil-

museum selbst: Darf die deutsche Exilgeschichte alleine dem (ehrenwerten) Engagement einer privaten Stiftung überlassen bleiben – oder ist die Erinnerung daran nicht auch eine öffentliche Aufgabe? Gelingt es den Ausstellungsmacher\*innen, die Geschichte des Exils nicht nur anhand einer Auswahl prominenter Einzelbiographien sichtbar zu machen – sondern in aller ihrer historischen Komplexität und gesellschaftlich-politischen Aktualität auszuleuchten? Ist der Anhalter Bahnhof wirklich der richtige Ort – oder droht dessen Denkmalcharakter am Ende hinter dem Projekt zu verschwinden? Wie würde sich ein solches Haus zur nahegelegenen Topographie des Terrors und dem geplanten Dokumentationszentrum Flucht und Vertreibung verhalten?

## Möge die Debatte beginnen

Zwingende Voraussetzung für eine Realisierung am Anhalter Bahnhof ist die Änderung des Bebauungsplans, der die Brache hinter dem Portikus derzeit als Grünfläche ausweist. Und auch die Denkmalbehörden werden bei dem Vorhaben mitreden wollen. Dessen Erfolg wird davon abhängen, wie transparent und partizipativ die Initiator\*innen ihr Museumsprojekt anlegen, gerade bei einem städtebaulich so anspruchsvollen Standort. Und wie konstruktiv-kritisch sie dabei von der Berliner Öffentlichkeit und Kulturpolitik begleitet werden. Möge die Debatte beginnen.

Mehr Informationen unter: <https://stiftung-exilmuseum.berlin/de>

**Daniel Wesener,**  
Mitglied des Abgeordnetenhauses

## Für mehr Sicherheit in den Kiezen

**Am 29. Juni 2018 wurden von Innensenator Geisel und Polizeipräsidentin Slowik unter hohem Presseaufkommen fünf mobile Wachen an verschiedenen Orten in Berlin vorgestellt.**

Besonders in den Innenstadt-Kiezen ist Sicherheit ein Thema, das immer stärker in den Fokus des öffentlichen Diskurses rückt. Auch hier in Friedrichshain-Kreuzberg müssen wir die Diskussion um Sicherheit und Polizeipräsenz führen: Gleich drei der acht sogenannten „kriminalitätsbelasteten Orte“ (KbO) im Land Berlin liegen im Bezirk – und in meinem Wahlkreis.

Regelmäßig erfrage ich deshalb schriftlich die Kriminalitätszahlen für diese Orte vom Senat (Link: [pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-13766.pdf](http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-13766.pdf)).

Da die Zahlen - durch veränderte Polizeistrategien und erhöhte Polizeipräsenz - leicht rückgängig sind, kann man grundsätzlich von einer positiven Entwicklung der Kriminalitätsbelastung sprechen.

Trotzdem bleibt vor allem nachts z. B. das Gebiet um die Revaler Straße immer noch ein solches, in dem sich viele Anwohner\*innen sehr unsicher fühlen. Dem müssen Land und Bezirk weiterhin große Aufmerksamkeit schenken. Und Polizei und Sicherheitsbehörden müssen ihre Strategien dieser Situation weiterhin anpassen.

## Neue Konzepte für mehr Sicherheit

Rot-Rot-Grün arbeitet daran, dass die Polizeiarbeit effizienter wird und mehr Personal auf unseren Straßen

unterwegs ist. Der Stellenaufwuchs und die zusätzliche Ausbildung bei der Landespolizei müssen weiterhin erfolgen - und Polizeiarbeit muss zeitgemäßer werden. In diesem Sinne haben Innensenator Geisel und die neue Polizeipräsidentin Slowik in einem ersten Aufschlag fünf mobile Wachen in Kiezen eingerichtet, unter anderem am U-Bahnhof Warschauer Straße.

## Täglicher Einsatz direkt an den Brennpunkten

Diese fünf Polizeibusse, die für insgesamt 500.000 Euro angeschafft wurden, sollen für mehr Bürger\*innennähe der Polizei und ein stärkeres Sicherheitsgefühl bei Anwohnern\*innen und Besucher\*innen gleichermaßen sorgen. Die Fahrzeuge mit integrierter Büroausstattung, eigener Internetverbindung, Telefon und Funk sollen an den kriminalitätsbelasteten Orten je nach Bedarfslage eingesetzt werden.

Derzeit befindet sich das konkrete Einsatzkonzept für die Warschauer Straße noch in der Ausarbeitung.

Die Idee: Unmittelbar am Fahrzeug sollen bis zu fünf Beamt\*innen eingesetzt sein, sowie bis zu zehn weitere, die im unmittelbaren Umfeld patrouillieren. Täglich sechs Stunden Präsenzzeit sind für die mobilen Wachen angedacht, wobei eine Abdeckung der Nachtstunden bisher nicht gep-

lant ist. Dies halte ich gerade in der Warschauer Straße für ein Problem, bei dem noch nachgebessert werden muss. Dazu sind weitere Gespräche mit Polizei und Innenverwaltung notwendig. Auch angesichts der nach wie vor angespannten Personalsituation bei der Polizei ist fraglich, ob die mobilen Wachen immer ausreichend besetzt sein werden.

Ob und wie diese mobilen Wachen sich auf die Kriminalität vor Ort auswirken, bleibt abzuwarten und zu evaluieren.

## Miteinander im Kiez diskutieren

Zum Thema Sicherheit wollen wir auch mit Euch und Ihnen ins Gespräch kommen. Deshalb lade ich am Dienstag, den 18. September 2018 um 19:00 Uhr, zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Sicherheit im Kiez“ auf dem RAW-Gelände im „Crack Bellmer“ in der Revaler Straße 99 im Friedrichshain. ein. Auf dem Podium werden Innensenator Geisel sowie Vertreter\*innen aus der Bezirkspolitik und der Öffentlichkeit mit Euch/Ihnen diskutieren. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

**Marianne Burkert-Eulitz,**  
Mitglied des Abgeordnetenhauses

## Ein Grund zu feiern

**Vor 100 Jahren mündete ein von Generationen mutiger Frauen jahrzehntelang geführter Kampf in der Einführung des Frauenwahlrechts. Die große Bedeutung dieses Ereignisses und des Jubiläums steht außer Frage. Der 100. Jahrestag ist deshalb ein Grund zu feiern, an diesen wichtigen Meilenstein in der Geschichte der Frauenbewegung zu erinnern und mutige Frauen zu ehren und ihrer zu gedenken.**

Doch auch 100 Jahre danach sind Frauen nach wie vor nicht vollkommen gleichberechtigt. Egal, ob es um ungleiche Bezahlung oder mangelnde Repräsentanz in Wirtschaft, Politik und Parlamenten geht. Auch das Wahlrecht ist noch nicht für alle Frauen in Deutschland tatsächlich Realität, weil es an die deutsche bzw. EU-Staatsangehörigkeit (auf kommunaler und bezirklicher Ebene) geknüpft ist. Bereits Erreichtes in der Gleichstellungspolitik wird in Zeiten des Rechtsrucks in der Gesellschaft immer häufiger in Frage gestellt. Das zeigt: Auch eigentlich Selbstverständliches muss jeden Tag neu verteidigt werden.

Frauen im öffentlichen Leben und gerade auch in der Politik sind derzeit vermehrt Anfeindungen ausgesetzt. Unzählige Vorkommnisse wie verbale Ausfälle in den Parlamenten oder den Sozialen Medien bis hin zu konkreten Beleidigungen und Drohungen sind an der Tagesordnung. Im Bundestag sitzen nur 31 % Frauen, so wenige wie seit 1998 nicht mehr. Auch im Berliner Abgeordnetenhaus beträgt die Quote nur 32,5 % Auch wenn die BVV Friedrichshain-Kreuzberg mit 45,45 % besser dasteht, darf sich auch hier nicht auf Erreichtem ausgeruht werden!

Gerade weil das Wahlrecht für Frauen so lange und so hart erkämpft werden musste, ist es wichtig, immer wieder daran zu erinnern und die Bedeutung von politischer Partizipation und Repräsentanz von Frauen hervorzuheben. Als BVV-Fraktion haben wir deshalb das Bezirksamt beauftragt, anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Einführung des Frauenwahlrechts am 12. November 1918 eine Ausstellung für das Foyer des BVV-Saales zu kuratieren, die an dieses wichtige Ereignis erinnert.

Dabei wünschen wir uns, dass Frauen im Fokus stehen, die zur damaligen Zeit in Friedrichshain und Kreuzberg gelebt und gewirkt haben, etwa die ersten weiblichen Abgeordneten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung aus beiden Bezirken. Dadurch soll nicht nur an diese Frauen erinnert werden, sondern auch noch einmal deutlich werden, dass Frauen früher und heute wichtige Akteurinnen und Gestalterinnen in Politik und Gesellschaft waren und sind.

Wir wünschen uns, dass sich auch weiterhin viele Frauen in die Politik einmischen!

**Annika Gerold und Sarah Jermutus,**  
Bezirksverordnete

# Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Bauträger\*innen braucht das Land

**Genossenschaften müssen unsere zentralen Partner\*innen werden, um langfristig bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und zu schaffen. Rot-Rot-Grün muss mehr Unterstützung leisten.**

Es gibt über 100 Genossenschaften in Berlin mit über 194.000 Wohnungen, das ist ein Anteil von 12 % des gesamten Mietwohnungsmarktes. Das ist aber kein Selbstläufer, wie man anhand der Tatsache, dass der entstehende Neubau größtenteils aus teuren Eigentumswohnungen besteht, sieht.

## Förderung kommt endlich

Bei einer Anhörung des Stadtentwicklungsausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus Ende Juni wurde deutlich, dass Rot-Rot-Grün noch mehr tun muss, damit der Anteil genossenschaftlichen Wohnens am

Berliner Wohnungsmarkt nicht sinkt. Ich finde, unser Anspruch muss sogar sein, dass der Anteil genossenschaftlichen Wohnens bis zum Ende der Legislaturperiode steigt, so wie es wir Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg bereits anstreben.

Denn Genossenschaften sind ein Garant für niedrige Mieten und gegen Spekulation: So liegt deren durchschnittliche Miete bei unter 5,30 Euro/m<sup>2</sup> nettokalt – das ist niedriger als bei den landeseigenen Wohnungsgesellschaften. Aber Genossenschaft ist nicht gleich Genossenschaft: Das Studentendorf Schlachtensee braucht andere Unterstützung und Rahmenbedingungen als die Berolina, weil die jungen Genossenschaften oft eben

nicht über ausreichend Eigenkapital verfügen. Was aber alle dringend brauchen sind Grundstücke.

Zu deren Förderung haben wir im Landeshaushalt 20 Millionen Euro für 2018 und 2019 beschlossen – zugegebenermaßen nicht genug – und der Senat hat daraus endlich ein Programm gestrickt, das der Hauptausschuss bald beschließen wird. Dabei ist uns besonders wichtig, dass Genossenschaften, die noch nicht ausreichend Eigenkapital haben, unterstützt werden und dass wir eine Öffnung der Genossenschaften hinbekommen, so dass auch mehr Einkommensschwache sich eine Mitgliedschaft bzw. Genossenschaftsanteile leisten können. Zentral ist auch, dass wir

beim kommunalen Vorkaufsrecht neu zu gründende Hausgenossenschaften dann finanziell unterstützen können.

## Grundstücke sind zentral

Jedoch ist das Thema Grundstücke zentral bei der Frage, ob wir Berlin zur Hauptstadt des genossenschaftlichen Wohnens in Deutschland machen können. Natürlich ist es richtig, dass die landeseigenen Wohnungsunternehmen dabei bisher bevorzugt wurden, denn auf die kommunalen haben wir direkten politischen Einfluss. Aber wir müssen jetzt klutzen und nicht kleckern und sollten die Genossenschaften dementsprechend unterstützen bei der Grundstücksvergabe. Gerade mal drei Grundstücke sind derzeit in der Ausschreibung zur Konzeptvergabe für Genossenschaften vorgesehen. Das müssen und werden aber mehr werden. Gerade bei den neuen Stadtquartieren, die wir entwickeln, werden sie auch teils schon mit einbezogen, das ist allerdings noch ausbaufähig. So wollen wir Grüne eine Mindestquote von 30 % auf solchen Flächen erreichen.

Und vor allem müssen die finanziellen Konditionen stimmen bei der Grundstücksvergabe. Und dass wir dabei das Rad nicht neu erfinden müssen, zeigen die Städte München und Potsdam. Dort gibt es Vergaben in Erbbaupacht und zwar wirklich vergünstigt – klar unterhalb des Verkehrswerts bzw. zu einem wirklich niedrigen Pachtzins – und dafür bekommen die Städte dann mindestens 40, 60 oder 99 Jahre lang – Genos-

senschaften brauchen langfristige Planungen – günstigen Wohnraum, der den Bedürfnissen der BerlinerInnen entspricht. Das ist eine zentrale Lösung bei der Wohnungsfrage. Leider zeigen sich unsere beiden Koalitionspartner dabei sehr zurückhaltend, so dass noch einiges an Überzeugungsarbeit geleistet werden muss. Das hat auch die Anhörung im Abgeordnetenhaus klar ergeben.

Dabei sind Genossenschaften keine Nische, sie sind zentrale Partner\*innen bei der Schaffung von mehr niedrigpreisigem Wohnraum und sollten daher vom Senat auch dementsprechend behandelt werden.

## Für den Wiener Weg

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und die Genossenschaften haben gemeinsam einen Anteil von 30 % des Mietwohnungsmarktes – Wien oder Zürich haben dagegen mit 50 und 60 % einen viel höheren Anteil an öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungen. Und deshalb sollten auch diese beiden Städte bei der Förderung von Genossenschaften bzw. deren Konditionen unsere Vorbilder sein: schnelle und transparente Verfahren bei der Grundstücksvergabe, günstige bzw. unterhalb des Marktpreises festgelegte Konditionen sowie ein Fördersystem, das dauerhaft sozialen Wohnraum fördert und nicht nach 30 Jahren bereits endet.

**Katrin Schmidberger,**  
Mitglied des Abgeordnetenhauses

# Xhain und das Grundsatzprogramm

Am 13./14. April 2018 fand der Auftaktkonvent zum Grundsatzprogrammprozess statt, der im Jahr 2020 ein neues und fortschrittliches Grünes Grundsatzprogramm hervorbringen soll. Wirklich spannend an der ganzen Sache ist nicht nur das dadurch erhoffte gute und progressive Ergebnis, sondern vor allem der Weg dahin. Das umfasst unter anderem eine basisnahe, dezentrale Arbeit und die direkte Beteiligung der unterschiedlichsten Akteur\*innen. Jedes Grüne Mitglied – aber nicht nur – hat die Möglichkeit, in verschiedenen Foren und digitalen Plattformen (z. B. unter <https://beteiligung.gruene.de/>), innerhalb der Kreisverbände (KVen) oder der Arbeitsgemeinschaften (AGN) teilzunehmen und mitzubestimmen.

Die thematischen Einheiten konzentrieren auf die folgenden sechs „Neuen Fragen“: Ökologie / Wirtschafts- und Sozialpolitik / Digitalisierung / Wissenschaftsgesellschaft und Bioethik / Außen-, Sicherheits- und Menschenrechtspolitik / Vielfältige Gesellschaft.

Unser KV ist einer der ersten, der diesem Aufruf gefolgt ist. Am 24. April hatten wir den Grünen Bundesgeschäftsführer Michael Kellner in die Bezirksgruppe (BG) eingeladen. Er stellte uns die Inhalte und den Zeitplan vor und darauf hatten wir gemeinsam mit allen Anwesenden in Kleingruppen über die ersten Ideen, Wünsche und Erwartungen diskutiert.

In der BG am 26. Juni haben wir dann die Ergebnisse dieser Kleingruppenarbeit präsentiert (siehe Grafik) und über die weitere Vorgehensweise gesprochen.

Wie sieht grüne Politik in der Zukunft aus?

Der Geschäftsführende Ausschuss (GA) ist jetzt dabei, sich in diesen wichtigen Prozess einzubringen; innerhalb Xhains, aber auch in Zusammenarbeit mit anderen KVen berlinweit. Neulich hat der Landesverband dazu aufgerufen, sich in mit anderen KVen zusammenzuschließen, um gemeinsam inhaltliche Themenabende zu organisieren und gestalten. So werden im Herbst (Abend-)Diskussionen zu folgenden Themen angeboten: Mieten/Wohnen, Verkehr, Armut und Ressourcen/Die ökologische Stadt. Wir als großer KV sind in der privilegierten Lage, in gleich zwei Themenfeldern mitzumischen. Im September/Oktober werden wir gemeinsam mit Tempelhof-Schöneberg und Charlottenburg-Wilmersdorf Diskussionsveranstaltungen zum Thema Verkehr und mit Neukölln und Marzahn-Hellersdorf zum Thema Mieten organisieren. Parallel dazu wird die neu gegründete Arbeitsgruppe Stadt-Wohnen/Mieten eigene Positionen und Forderungen erarbeiten.

Der Grundsatzprogrammprozess ist in dieser ersten Diskussionsphase auch deshalb wichtig, da jetzt schon die ersten Anregungen und Grund-

richtungen eingebracht werden können. Die eingesetzte Schreibgruppe von der Bundespartei wird sie dann im Spätherbst in den ersten Entwurf aufnehmen. Nach weiteren Zwischenschritten einschließlich Anträge und Änderungsanträge soll das neue Grundsatzprogramm aller Voraussicht nach im Frühjahr 2020 von der Bundesdelegiertenkonferenz beschlossen werden.

Wir in Friedrichshain-Kreuzberg wollen wir uns in allen Phase aktiv beteiligen und den Gesamtprozess dafür nutzen, um unsere progressive, radikale und zukunftsorientierte Forderungen einzubringen. Wir wollen unserer Vorreiterrolle gerecht werden, vor allem im Bezug auf Zukunftsvisionen in großstädtischen Lebensräumen. Von zentraler Bedeutung sind solche Themen wie gesellschaftliche Vielfalt, solidarisches Zusammenleben, soziale Mischung sowie eine zeitgemäße ökologisch und sozial nachhaltige Mobilität.

Hierzu wollen wir auch an Euch, unsere Grünen Mitglieder und Sympathisant\*innen appellieren und euch ermuntern, mitzumachen. Prozesse wie diese sind stets auf das Mittun von vielen angewiesen. Ihr könnt uns kontaktieren, wenn ihr Anmerkungen oder Fragen zum Grundsatzprogramm habt oder wenn ihr Interesse habt, euch einzubringen.

**Theo Ioannidis,**  
Geschäftsführender Ausschuss



Die genannten Themen sind den jeweiligen Clustern zugeordnet

Grafik Theo Ioannidis

# Rendite mit Grundschulen

**Grüne fordern Rekommunalisierung der Schulparkhäuser dreier Kreuzberger Grundschulen.**

Kaum vom Schulpersonal genutzt, wurden die Stellplätze vom Schulamt auch an andere Interessierte vermietet. In einer eigenmächtigen Entscheidung hat Schulstadtrat Andy Hemke (SPD) diese Bewirtschaftung einem privaten Betreiber übertragen. Die Grüne BVV Fraktion fordert demgegenüber in einem Antrag die Rekommunalisierung der Bewirtschaftung. Die Schulgemeinschaften sollen besser beteiligt, überdachte Fahrradstellplätze gebaut und die Mieteinnahmen wieder öffentlichen Zwecken zugutekommen.

Warum in den Schulgebäuden der Lenau-, der Rosa-Parks- und der Charlotte-Salomon-Grundschule Parkhäuser in die Schulgebäude bzw. Sporthallen eingebaut sind, können wohl nur die damaligen Planer\*innen der Typbauten beantworten. Klar ist jedenfalls, dass die Bausünden früherer Schulbauoffensiven heute noch Debattenstoff liefern: Die immerhin 87 PKW-Stellplätze, oder über 2000 qm Schulfläche für Autos statt Schüler\*innen, sind jedenfalls reichlich absurd.

## Private Gewinnmaximierung

Die Vermietung der Stellplätze durch das Schulamt lief wirtschaftlich schlecht, zumeist standen sie leer. Schulstadtrat Hemke (SPD) entschied zum November 2017 eigenmächtig, dass er seine Beschäftigten im Schulamt nun für Wichtigeres brauche und übertrug die Aufgabe der Bewirtschaftungen freihändig an einen privaten Betreiber. Outsourcing ohne Plan und ohne Kosten-Nutzen-Analyse. Monatlich bekommt der Bezirk nun 20 Euro pro Stellplatz über-

wiesen, der Private vermietet für 120 Euro pro Stellplatz. Die Schulgelände werden so zur privaten „Cashcow“. Sie bleiben im öffentlichen Besitz, sämtliche Schäden muss der Bezirk daher weiter absichern. Mitsprache über die Verwendung der Stellplätze kann nun nur noch erbeten werden. Kostenfreie Behindertenstellplätze und die Ausrichtung an den Bedürfnissen der Schulgemeinschaften spielen keine Rolle. Fahrradbügel oder eine echte schulische Nutzung sind nicht vorgesehen.

Ein Antrag der Grünen Fraktion beauftragt das Bezirksamt nun ein Konzept vorzulegen, wie die Stellplätze selbst bewirtschaftet werden können (Drucksache 0835/V). Statt öffentlichen Raum an Private zu vergeben, sollen verkehrliche und ökologische Verbesserungen mit den Parkhäusern erreicht werden. Denn ohne die Möglichkeit auf Fahrradstellplätze, vergünstigtes ortsgelundenes Carsharing, Stellplätze für mobilitätsingeschränkte Menschen oder die Beteiligung der Schulen verschlechtert Outsourcing die Situation vor Ort. Besonders grotesk: Zwei der Parkhäuser liegen ab Oktober 2018 an/in bezirklichen Parkraumbewirtschaftungszonen. Vor der Parkhaustür wird dann für einen Stellplatz an den Bezirk gezahlt und auf dem öffentlichen Schulgelände dahinter an den Privaten. Die Grüne BVV-Fraktion möchte stattdessen die öffentliche Parkraumbewirtschaftung stärken. Mit Schulgebäuden sollen keine privaten Renditen auf Kosten der Allgemeinheit gemacht werden.

**Tobias Wolf,**  
Bezirksverordneter

# Stimmen aus dem Bezirk

**Mehr miteinander reden. Das ist unser Ziel. Vor allem in Zeiten, in denen Parteien, wie die AfD oder CSU Ängste von Menschen manipulieren und instrumentalisieren. Inspiriert von dem Blog "Humans of New York" sind wir durch unseren Bezirk gezogen und haben die Menschen, denen wir begegnet sind, gebeten mit uns zu teilen, worauf sie Lust haben. Das Ergebnis war emotional, lustig aber vor allem vielseitig.**

Aufgenommen von Laura Eckl und Rebecca Eilfort

**Loretta:** „Ich war diese Woche auf einer Schülerfreizeit und bin gestern zurückgekommen. Wir fahren jedes Jahr mit der Schule weg. Während ich weg war, hat mein Papa Rollschuhe gekauft. Die habe ich heute gleich ausprobiert. Wir sind auf dem Weg in einen Rollschuhladen, um neue Rollen und Öl zu kaufen. Ich habe schon Übung beim Fahren, mit Rollschuhen kann man die besten Tricks machen.“



gab es Sarkophage, in denen Mumiengeschlafen haben.“

**Fanny:** „Als Loretta auf der Freizeit war, war ich im Schwimmbad, im Prinzenbad, und im Museum. Da



**Alina:** „Ich bin am Überlegen, noch einen zweiten, größeren Hund aus Spanien zu adoptieren, einen Galgo, und das sind ja riesige Windhunde. Es gibt viele Städte, in denen man die wahrscheinlich nicht besonders gut halten könnte, aber hier in Berlin gibt es viele eingezäunte Auslaufgebiete, es gibt viele Parks, es gibt viel Grün, es gibt einfach alles, was man sich vorstellen kann.“

**Marina:** „Was mich momentan am meisten beschäftigt, sind Gewalt gegen Frauen und Drogenkriminalität in der Stadt. Früher habe ich bei der Drogenhilfe Berlin Tannenhof e.V. gearbeitet. Dort haben wir zum Beispiel für die Kinder von Drogenabhängigen Straßenfeste organisiert und Gelder gesammelt. Von dieser Arbeit habe ich für mich mitgenommen: Jeder Mensch ist ein Individuum. Man sollte die Leute so nehmen, wie sie sind, mit Toleranz.“



**Ömer:** „Ich hab einen Laden hier. Wir haben eine Poststelle. Jeder kommt zu uns. In Deutschland muss man ja sehr viele Briefe schicken. Und da lernt man auch neue Leute kennen. Alle – also ehrlich gesagt, zu 99 Prozent – sind die Leute korrekt. Ein paar Leute haben mich unterdrückt, weil ich ein Ausländer bin angeblich, aber ich hab einen deutschen Pass. Ja aber das ist nur der eine Prozent. Die anderen sind alle korrekt. Alle sind wie eine Familie hier.“



**Uschi:** „Mein Radius wird immer kleiner und kleiner. Ich rolle hier durch den Kiez und mache Fotos. Wo ich halt so mit dem Rollstuhl langfahre. Mit den Augen, mit denen man guckt. Es ist schwer den Kiez zu erobern, weil nichts abgesehen ist. Von wegen Inklusion und so. Wir würden ja mitmachen, wenn wir reingehen könnten. Meine Realität ist, ich stehe meistens vor der Tür. Eine Kante reicht ja schon, da komme ich mit dem Rollstuhl nicht drüber.“

**Patrick:** „Früher war ich viel an der U-Bahn Gneisenaustraße. In Berlin kann man zwar Drogen und Alkohol konsumieren, aber ich finde, dass man das mit Rücksicht auf andere machen muss. Ich bin 37 Jahre alt, ich spritze seit 21 Jahren. Ich räume immer alles von mir auf. Ich finde die Vorstellung schlimm, wie es für einen anderen Menschen sein muss, der nicht drogenkrank ist, zum Beispiel herumliegende Spritzen zu finden. Meine Meinung ist, dass man das nicht macht. Ich bin 1998 nach Berlin gekommen. Ich hatte davor schon Drogen konsumiert. Aber hier war es viel preiswerter und zugänglicher. Ich dachte, wow, jetzt habe ich die



Glückskarte. Bis mir bewusst geworden ist, dass ich abhängig bin. Das hat mich sehr viel Kraft gekostet.“



**Nick & Martin:** „Wir wollen nicht reden, wir wollen uns durch Musik ausdrücken. Wir spielen hier gleich ein bisschen Jazz.“



**Daniel:** „Ich hatte einen sehr langweiligen Tag. Erst war ich arbeiten und jetzt lese ich 'Porno' von Irvine Welsh, weißt du, dem Autor von 'Trainspotting'.“



**Kamma:** „Ich lebe gleich um die Ecke, in der Friesenstraße. Im August gehe ich wieder zurück nach Kopenhagen. Es sind meine letzten Wochen in Berlin. Das ist sehr schade, weil ich wirklich gerne hier bin. Ich habe hier ein Semester in Theaterwissenschaften gemacht. Berlin ist eine so kulturell orientierte Metropole. Wenn ich hier ins Theater gehe, ist es immer voll. Leute stehen nach der Vorstellung draußen und reden über die Stücke. Sie nehmen sich Zeit. Das ist anders in Kopenhagen. In Berlin ist das Publikum, finde ich, jünger, insgesamt bunter.“



**Sarah & Nunu:** „Ich lebe nicht mehr hier. Wir sind zurückgekommen, um Freunde zu besuchen und um gute Musik zu hören. Es gibt hier so viel gute Musik. Ich vermisse Berlin sehr. Ich weiß nicht was. Es ist einfach – die Atmosphäre, die Einstellung der Menschen. Berlin ist meine Lieblingsstadt in Europa. Aber jetzt lebe ich lieber auf dem Land...“

**Günel:** „Mein Tag war bisher gut, auch anstrengend. Ich habe eineinhalb Stunden bis Feierabend vor mir. Bis dahin gibt noch einiges zuzustellen. Meine Arbeit macht mir Spaß. Die Touren sind aber die letzten Jahre sehr lang geworden. Wir müssen uns anstrengen, um die Routen zu schaffen. Wir haben Waren- und Pressesendungen, große Briefsendungen – da kommt sehr viel auf einen zu. Ich wohne in Alt-Rudow, da wartet meine Familie auf mich. Das ist mein Lieblingsort in Berlin.“



**Christian & Manuel:** „Wir haben gerade erst angefangen zu skaten, deswegen probieren wir, uns einmal in der Woche zu treffen. Es gibt hier zwar diverse Skate Parks, aber da ist immer so viel los und so gut sind wir noch nicht. Deswegen probieren wir es erstmal hier, bevor wir uns ein Stückchen weitertrauen. Das springen klappt so langsam, ohne dass man jedes Mal hinfällt.“

**Steffen, René, Madin & Co:** „Wir haben uns hauptsächlich hier kennengelernt. Über das spielen. Eigentlich ist fast jeden Tag jemand hier. Seit mittlerweile vier Jahren. Wir sind Freunde. Also alle außer Max.“



**Isabelle:** „Ich war auf Weltreise. Ich hab alles vermisst. Ich hab es zum Beispiel vermisst, einfach nur Deutsch zu sprechen. Das man sich ganz normal verständigen kann.“



**Esther:** „Vor zwei Nächten war ich an der Bahnstation. Jemand hat mich angesprochen und ich dachte mir nur: 'Ugh, na gut.' Dann griff er nach meiner Kamera und ich musste ihn mit meinem Skateboard verfolgen, um sie zurückzubekommen.“



**Petra & Dietmar:** „Wir ziehen weg aus Berlin. Wir haben unser Arbeitsleben beendet und machen jetzt gezielt Fahrradtouren in Kiezen, die wir immer schön gefunden haben. Da gehören Kreuzberg und Neukölln auf jeden Fall dazu. Wir ziehen weg, weil wir uns Berlin als Rentner mittlerweile nicht mehr leisten können. Es gibt keinen Wohnraum. Wir sind jetzt die Generation, die 48% Rente bekommt. Wir könnten uns noch eine BVG-Karte leisten, auch was zum Essen und Anziehen kaufen, aber mehr bleibt dann leider nicht übrig. Und wir wollten eigentlich gerne noch reisen. Deswegen ziehen wir nach Ostfriesland. Dietmar kommt aus Berlin, ich habe hier dreißig Jahre gelebt. Seit Einzug der Regierung ge-



fällt uns die Stadt nicht mehr so gut, sie ist zu laut und dreckig geworden. Das ist nicht mehr unser Berlin. Für junge Leute ist es toll, aber für uns im Ruhestand nicht mehr.“



**Philipp:** „Ich bin Tänzer und Performer. Heute Abend habe ich eine Premiere von einer Performanceinstallation, die sehr ruhig ist. Dementsprechend habe ich mir heute zum Ziel gesetzt, den Tag ganz ruhig zu verbringen, um mich so vorzubereiten. Der ruhigste Ort in diesem Kiez, in dem ich auch wohne, sind die Prinzessinnengärten. Deswegen bin ich hier. Um zu zeichnen, zu lesen und den schönen Tag zu genießen.“



**Dana & Milda:** „Wir mögen Musik. Wir sind aus Lettland hergetrampt und wollen einfach Musik auf der Straße spielen, weil wir das vorher noch nie gemacht haben. Heute hingen wir mit unserer Gitarre auf dem Rücken rum und jemand, der auch Musik macht, hat uns gesehen. Er ist zu uns gekommen und hat uns nach unserer Nummer gefragt, damit wir uns später treffen können. Dann haben wir zusammen gespielt.“

**Heidi:** „Vom Persönlichkeitsprofil sind wir beides Menschen, die auf Harmonie angelegt sind. Wir haben uns vor sechs Jahren kennengelernt. Du hast gedacht, dass ich dir den Job wegschnappe.“

**Aysel:** „Ich hab dich mit der Chefin gesehen und dachte mir, 'Oh nein, das ist bestimmt meine Mitbewerberin. Scheiße, ich hab jetzt keine Chance mehr' aber das war dann doch nicht so.“

